Einzelpreis 4000000 Mk. Halle, Donnerstag, den 4. Oktober Jahrg. 1923 • Nr. 232

Das „Volksblatt“ erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem tägl. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen“ und „Unserer Jugend“. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt“ — Bezirksorgan der VSPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt“ vom 30. September bis 6. Oktober beträgt 18200000 Mk. und 1800000 Mark Bestellgebühr. Für Postbezieher 30 Millionen freibleibend. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugsmon. Anzeigenpreis: Der Grundpreis ist 65 Mk. für den Millim. einspalt.; vervielfacht mit der Schlüsselzahl des B. D. Z.-V., = 65 Mk. x 30000. Reklamemillimeter 200 Mk. x 30000. Anzeigenannahme: Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605 und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung).

Die Regierung gestürzt.

Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.) Das Reichskabinett hat sich Mittwoch mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in den Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubeziehen, war eine unüberbrückbare Divergenz in der Auffassung der Koalitionsparteien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission anbieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichskanzler Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion.

Mit 61 : 54 Stimmen gefaßt.

Berlin, 4. Oktober. (Soz. Parl.-Dienst.)

In den Abendstunden des gestrigen Tages kam von demokratischer Seite der Vorschlag, das Arbeitszeitgesetz auf regulärem Wege zu verabschieden. Es war also die Möglichkeit gegeben, die Entscheidung der Verordnungsgewalt, welche die Regierung durch das Ermächtigungsgesetz erhalten sollte, zu entziehen. Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, dem zuzustimmen. Das konnte natürlich nur dann zur Beseitigung der Schwierigkeiten führen, wenn im Reichstag eine sachliche Einigung erzielt wurde, was infolge des Verhaltens der Deutschen Volkspartei und des Zentrums unwahrscheinlich war. Immerhin hätte das Kabinett durch Annahme des demokratischen Vorschlags zunächst gerettet werden [illegible]

In der folgenden Kabinettssitzung, die am Abend ½7 Uhr stattfand, zeigte sich, daß die Demokraten von ihren Freunden über die Vorschläge nicht unterrichtet worden waren. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Unsere Genossen kamen mit dem Bescheid zurück, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei nochmals vor die Entscheidung gestellt, ob sie bei einer Regelung der Angelegenheit auch dem Erlaß des Arbeitszeitgesetzes auf dem Wege der Verordnung zustimmen solle oder nicht.

Über die Personenfrage — das Verbleiben Hilferdings im Kabinett — war eine klare Antwort nicht zu erzielen, doch herrschte die Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor auf den Rücktritt des sozialdemokratischen Finanzministers bestehen werde, obgleich damit zu rechnen war, daß das Festhalten an dieser Forderung zur Krise führen würde und obgleich man sich über deren unabsehbare Folgen klar sein mußte. Mit 61:54 Stimmen kam die Fraktion zu dem Beschluß, an dem eingenommenen Standpunkt festzuhalten. Die Ansicht überwog, daß nach dem brutalen Vorstoß der Deutschen Volkspartei vom Tage zuvor die Hoffnung, zu einer Einigung zu gelangen, sowieso erschüttert sei.

Mit diesem Beschluß gingen die sozialdemokratischen Minister in das Kabinett zurück. Die Lage war soweit geklärt, daß nur durch Nachgiebigkeit der bürgerlichen Minister in der Frage des Arbeitszeitgesetzes das Weiterbestehen des Kabinetts ermöglicht werden konnte.

Ging man auf den Einigungsvorschlag nicht ein, so mußte die Krise kommen, und sie ist da.

Was nun?

+ Halle (Saale), 4. Oktober.

Der Sturz des Kabinetts ist vollzogen. Stresemann müht sich um die Bildung eines neuen Kabinetts. Auf welcher Grundlage wird das möglich sein? Tatsache ist, daß schwerindustrielles und agrarisches Kapital mit vereinten Kräften die Sprengung der Großen Koalition vollzogen haben. Tatsache ist, daß beide mit vereinten Kräften die parlamentarisch-politische Ausschaltung unserer Partei für die Zukunft anstreben. Der Aufruf der Deutschnationalen, den wir an anderer Stelle wiedergeben, in dem man sich ganz offen zu diesem Ziel bekennt, dürfte die Zustimmung der Herren Stinnes und Scholz, also des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei, haben. Wir halten deshalb die Wiederherstellung der Regierung auf der bisherigen Basis für eine Unmöglichkeit. Welche Möglichkeiten erschließen sich aber dem deutschen Volke? Es erscheint uns symptomatisch, daß einer der Haupttreiber der Sprengung der Koalition der rechte Zentrumsmann Adam Stegerwald ist, derselbe Mann, der hier in Halle vor zwei Jahren einem Zeitungsberichterstatter erklärte: wenn er Reichskanzler wäre, dann sähe die politische Lage in Deutschland anders aus. Ob besser oder schlechter, vergaß er damals hinzuzusetzen. Dieser selbe Stegerwald hatte 1920 die Sozialdemokratische Partei aus der preußischen Regierung hinausbugsiert und eine Koalition von den Demokraten bis zur Volkspartei mit wohlwollender Unterstützung der Deutschnationalen gebildet. Die Aera Stegerwald, unter der der „Demokrat“ Dominicus die Verwaltung „säuberte“, brauchen wir unseren Lesern nicht ins Gedächtnis zurückzurufen. Der Parallelgedanke liegt jedenfalls außerordentlich nahe, daß man im Reich eine Aera Stresemann nach dem glorreichen preußischen Muster des Herrn Stegerwald anstrebt. Die „Demokraten“ würden ihrer Ueberzeugung sicher kein Opfer bringen, wenn sie sich die wohlwollende Unterstützung der Helfferiche gefallen ließen, von Zentrum und Volkspartei gar nicht zu reden. Wenn es sich nur um die Erledigung der inneren Politik handelte, so würde das eben angedeutete Kabinett sicher sehr bald perfekt werden. Außenpolitisch müßte es allerdings katastrophal wirken. Die Deutschnationalen, die sich jeder Verständigung, jeder Lösung der Reparationsfrage entgegenstemmen, würden ein ständiger Hemmschuh sein, der das Kabinett zur vollkommenen Inaktivität verdammte. Darum scheinen uns auch die Aussichten dieser Lösung sehr gering. Bleibt Neuwahl des Reichstags. Die Sozialdemokratische Partei hätte im gegenwärtigen Augenblick keine Sorge um Wahlparolen, und wenn die bürgerlichen Parteien Neuwahlen haben wollen, dann wollen wir sie ihnen liefern. Und trotzdem muß gesagt werden, daß in diesem Krisenzustande, wo alles zur Entscheidung drängt, alles gärt und sich in explosiven Ausbrüchen Luft macht, eine lange Hinausschiebung der Krise mit wochenlangen Wahlkämpfen sicher nicht zur Besserung der Lage des deutschen Volkes beitragen würde. So sind die Aussichten vollkommen dunkel. Mit Schlagworten ist nichts zu machen. Wir werden darum ohne Ueberreiztheit den ersten Versuch einer Neubildung des Kabinetts durch Stresemann abzuwarten und danach unsere Entscheidung zu treffen haben. Die Sozialdemokratie hat noch niemals in einer Situation von gleicher Schwierigkeit gestanden. Sie zu meistern, bedarf es des kühlsten Kopfes.

Die Arbeiterschaft aber warnen wir vor dem blöden Parolenunfug, vor den Falschmeldungen und der Schwindelpropaganda der kommunistischen Presse, die auf der einen Seite die Einheitsfront predigt und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie in den Kot zerrt. Der Ausgang der kommenden Kämpfe wird nicht von der Größe des Mundwerks der Parteien, sondern von ihrer Einsicht, von ihrem tatsächlichen Kräfteverhältnis und der darauf gegründeten Kampfform abhängen.

Beratungen mit der SAJ.

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

Vorstandsmitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, darunter verschiedene Engländer und der frühere schwedische Ministerpräsident Branting hatten gestern nachmittag im Reichstagsgebäude Unterredungen mit den sozialdemokratischen Führern.

Im bürgerlichen Licht.

Die nachstehende Wolff-Meldung, die wir lediglich aus Gründen der Berichterstattung wiedergeben, bitten wir mit der größten Vorsicht aufzunehmen, da sie zweifelsohne die Spuren einseitig bürgerlicher Tendenz trägt und über die Stellungnahme der Sozialdemokratie höchst ungenau unterrichtet:

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

In parlamentarischen Kreisen hört man, daß das zurückgetretene Kabinett Stresemann in der Absicht, die Schaffung einer neuen Währung durch eine wirksame Produktionspolitik zu unterstützen, im Rahmen außerordentlicher Vollmachten auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischem Gebiete auf drei Wegen vorgehen wollte. Einmal sollten starke Besitzsteuern geschaffen werden. Sodann sollte die Preisbildung in andere Bahnen gelangen und der Monopolwirtschaft und den Preiskonventionen der Kartelle entgegengetreten werden. Schließlich sollte **die Urproduktion einseitig im Bergbau durch Erhöhung der Arbeitszeit gesteigert, aber auch auf anderen Gebieten eine Erhöhung der Arbeitszeit eingeführt werden.** Sachlich war in diesem Punkte innerhalb des Kabinetts eine weitgehende Uebereinstimmung vorhanden, die jedoch bei den Fraktionen sich nicht erreichen ließ. Die Verhandlungen, die die Einigung hatten bringen sollen, drehten sich schließlich nur noch um die Frage, ob der Ermächtigungsantrag der Reichsregierung auch für die soziale Gesetzgebung gelten soll. **Diese Frage ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit 61 gegen 54 Stimmen, also mit einer geringen Zufallsmehrheit abgelehnt worden.** Um eine Verlängerung der Krise zu vermeiden, hat dann die Regierung beschlossen, ihre Demission anzubieten. Bei der Neubildung des Kabinetts, die Dr. Stresemann auf Ersuchen des Reichspräsidenten übernommen hat, soll, wie man hört, aus Gründen der Sparsamkeit die eventuelle **Verminderung der nicht zu besetzenden Ministerposten in Frage kommen.** In diesem Falle gilt es für nicht ausgeschlossen, daß die Neubildung des Kabinetts rascher vor sich gehen kann.

Vormittags 10 Uhr: Dollar 550000000.

Tendenz sehr fest.

Hinaus mit der Sozialdemokratie!

Die Deutschnationalen lassen die Maske fallen.

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

Die Blätter der Rechten veröffentlichen einen Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei, der fordert, daß mit der Kompromißpolitik Schluß gemacht und die Sozialdemokraten aus der Regierung entfernt werden.

Die Pariser Presse zur deutschen Regierungskrise.

Die nationalistische Presse hetzt zur endgültigen Beschlagnahme des Ruhrgebiets.

Die Mehrzahl der Pariser Blätter bewertet die Vorgänge in Berlin als Krisenerscheinung im politischen Leben Deutschlands und als Ankündigung des Chaos. Der größte Teil der Presse ist der Auffassung, daß die Große Koalition auseinanderfalle, und rechnet mit einer Diktatur Helfferichschen Einschlags. Die Organe der Linken bedauern diese Entwicklung und machen Poincaré den Vorwurf, daß er durch seine Haltung diese Entwicklung in Deutschland mitverschuldet habe. „Populaire“ bringt zum Ausdruck, daß die Regierungskrise die Folge des passiven Widerstands Poincarés gegenüber Verhandlungen sei. „Ere Nouvelle“ betont, daß **die Ordnung in Deutschland die einzige Garantie des kontinentalen Gleichgewichts sei und mit dem Kabinett Stresemann der letzte Wall der Reparationspolitik und der Politik einer Verständigung mit den Verbündeten falle.** „Petit Journal“, hinter dem der Großindustrielle Loucheur steht, **bedauert die Entwicklung in Deutschland gerade im Interesse Frankreichs.**

Die nationalistische Presse benutzt die Krise zur Rechtfertigung der Politik Poincarés. „Gaulois“ betont, daß Poincaré recht gehabt hätte, Deutschland gegenüber Mißtrauen zu zeigen. Andere nationalistische Blätter fordern, daß **jetzt das Ruhrpfand unbedingt gesichert werden müßte.** Wie sehr die Krise Deutschlands Stellung erschwert hat, geht aus dem „Echo de Paris“ hervor, in dem es heißt, daß es jetzt an der Zeit ist, **das Ruhrgebiet unabhängig von der Mitwirkung des ohnmächtigen Deutschlands zu verwalten und nutzbar zu machen.** Andere Blätter **unterstreichen diese Auffassung.**

Sklaven-Bedingungen.

Münster, 4. Oktober. (WTB.)

In Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Adjutanten des Generals Degoutte empfangen worden. Wegen Wiederaufnahme der Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt:

1. **Abschaffung des Betriebsrätegesetzes;**
2. **Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Akkordarbeit;**
3. **Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls Ausweisung erfolgt;**
4. **für die Eisenbahner gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen;**
5. **Unterdrückung jeder Auflehnung mit Waffengewalt;**
6. **Verstärkung des Polizeischutzes.**

Das sind Sklaven-Bedingungen schlimmster Sorte. Diese Bedingungen sind eine eklatante Rechtfertigung für den seinerzeit mit großer Entschlossenheit bekundeten Willen, sich nicht unter das Joch des französischen Militarismus zu beugen. Was sagen die französischen, belgischen und englischen Klassengenossen zu der beabsichtigten Versklavung des Ruhrproletariats. Was gedenkt die Bergarbeiter-Internationale zu tun, um ihren Genfer Beschlüssen Geltung zu verschaffen? Oder will sie sich wieder mit platonischen Erklärungen wie bei Beginn des französischen Ruhreinfalls begnügen, der nach den Genfer Beschlüssen sofort mit dem Generalstreik aller Bergarbeiter der beteiligten Länder hätte beantwortet werden müssen?

Unbefristetes Verbot der kommunistischen Presse Sachsens. Wie der „L. A.“ aus Dresden meldet, hat das Wehrkreiskommando die gesamte sächsische kommunistische Presse wegen eines Aufrufs der KPD.-Zentrale, der Beleidigungen der Minister Sollmann und Hilferding enthalten soll, verboten. Das Verbot ist nicht befristet.

Die nächste Vollsitzung des Preußischen Landtags ist auf den 9. Oktober nachmittags festgesetzt mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0001
DFG

Sozialdemokratie und Regierungskrise.

Unter dieser Ueberschrift verbreitet der Sozialdemokratische Parlamentsdienst folgenden informatorischen Artikel:

Deutschlands außenpolitische Lage ist mehr als trostlos. Der passive Widerstand wurde aufgehoben, aber trotzdem dauert der Zustand der Desorganisation im Ruhrgebiet fort. Herr Poincaré hat die Erklärung seines Botschafters in Berlin gegenüber der Reichsregierung, innerhalb 24 Stunden zu Verhandlungen bereit zu sein, wenn der passive Widerstand aufhört, schnöde gebrochen. Er schöpft aus der innerpolitischen Lage unseres Landes die Hoffnung, auch ohne Verhandlungen zu seinem Ziele zu kommen. Diese Erwartung ist inzwischen durch die Deutsche Volkspartei entschieden gestärkt worden. Sie hat unter dem Druck der außenparlamentarischen Aktion der Rechtsradikalen vor der „Straße" kapituliert ohne Rücksicht auf unsere traurige Gesamtlage. Sie hat in gewissem Sinne gleichzeitig kapituliert vor den Putschisten in Küstrin und den Rädelsführern, die inzwischen in unmittelbarer Umgebung von Berlin verhaftet wurden. Denn das eine steht heute fest, daß die Hetze der deutschnationalen Presse sich in erster Linie auf sorgsame und erwartungsvolle Vorbereitungen zu einem Putsch stützte, der, wie sich jetzt einwandfrei ergeben hat, in diesen Tage mit dem Ziele geplant war, Berlin zu umzingeln und an Stelle der verfassungsmäßigen Regierung eine militärische Diktatur zu setzen. Dank der Aufmerksamkeit der preußischen Behörden ist der militärische Putsch verhindert worden. Aber dennoch erreichten die Organisatoren dieser Aktion, die Landbündler und die Deutschnationale Partei, ihr Ziel, weil die Deutsche Volkspartei nicht nur sich selbst und ihrem Führer Stresemann untreu wurde, sondern auch an dem daniederliegenden Vaterland Verrat übte. Nur sie trägt Schuld an der Krise, die Deutschland jetzt durchlebt, nur sie ist verantwortlich für den neuen wirtschaftlichen Abstieg, nachdem von ihr eine Kapitulation lediglich aus Angst vor dem Verlust an Wählerstimmen vollzogen wurde.

Hitlers Bemühungen um Kahr.

Uebertritt „vaterländischer" Verbände zu den Nationalaktiven. – Der „Völkische Beobachter" erscheint immer noch.

München, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Maßnahmen des Generalstaatskommissars gegen den „Marxismus" scheinen einstweilen erschöpft zu sein. Die am Montag erfolgte Verhaftung Bouissons, des Leiters der aufgelösten SA., wird (wie bereits gestern gemeldet. D. Red.) amtlich damit begründet, daß der Verdacht besteht. Bouisson sei an dem Zusammenstoß der SA. mit dem Kampfbund „Oberland" vom 22. September beteiligt.

Das politische Interesse konzentriert sich auf den mit allen Mitteln fortgesetzten Versuch Hitlers, Herrn von Kahr von der Bayerischen Volkspartei loszueisen. Die Taktik des „Völkischen Beobachters" hat sich damit insofern etwas geändert, als nunmehr die Person und die Tatkraft des Generalstaatskommissars in jeder Weise anerkannt, dabei aber stets der Verdacht in den Vordergrund gestellt wird, daß bei der ersten besten Gelegenheit die national unzuverlässige Bayerische Volkspartei, der es nur um die Erstarkung eines weißblauen Staates zu tun sei, die Früchte der Tätigkeit des Herrn v. Kahr für sich verwerten wird. Aus diesem Grunde marschiert täglich die ganze Presse der Bayerischen Volkspartei mit schwerstem Geschütz gegen den „Völkischen Beobachter" und die nationalsozialistische Bewegung auf und spricht offen aus, daß es heute notwendig sei, in erster Linie gegen jeden „revolutionären Aktivismus" zu kämpfen, der sich im Deutschen Kampfbunde breitmache. Wie hoch die Bayerische Volkspartei die Gefahr einschätzt, daß ihr die Früchte der Diktatur Kahr am Ende verlorengehen könnten, beweist, daß die Landtagsfraktion der Partei in einer eiligst zusammenberufenen Sitzung alle Bedenken gegen die neuen bayerischen Methoden unterdrückte und in einer Vertrauenskundgebung für die Regierung Knilling gleichzeitig auch erklärte, sie stände in gleicher Einmütigkeit auch hinter dem Generalstaatskommissar v. Kahr. Die Fraktion sei gewillt, den Generalstaatskommissar in seinem schweren Amt, dem die Aufgabe gesetzt sei, die Staatsautorität zu befestigen, mit ihrer ganzen Kraft zu unterstützen. Da aber feststeht, daß die Staatsautorität am 26. September nur von Hitler und seinem Kampfbund bedroht war und darum Herr v. Kahr zum Diktator gemacht wurde, so bedeutet der letzte Satz der jetzigen Kundgebung der Fraktion der Partei nichts anderes als eine Mahnung an Herrn v. Kahr, vor allem in dieser Richtung seine Aufgabe zu erfüllen. Im Kampf gegen die rechtsradikalen Ultras ist heute auch ein Aufsatz des auf dem rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei stehenden Abg. Schaffer bemerkenswert. Hier heißt es, daß in der vaterländischen Bewegung Zwietracht und Mißtrauen herrsche und daß das Vertrauen der Kameraden durch Unwahrheiten und Verleumdungen mißbraucht werde.

Praktische Aushöhlungsarbeit an der Partei des Dr. Heim, dessen Person der „Völkische Beobachter" im Hinblick auf die Verordnung: Todesstrafe für Landesverrat! wiederholt der besonderen Aufmerksamkeit des Generalstaatskommissars empfiehlt, leistet Hitler durch Herüberziehen der weißblauen Kampftruppen zu den schwarzweißroten Truppen des Kampfbundes. Jeder hier errungene Sieg — d. h.: wenn Ortsgruppen der Vaterländischen Verbände (Prof. Bauer) oder des Bundes „Bayern und Reich" (Dr. Pittinger) teilweise aber geschlossen zum Kampfbund übertreten, und das ist bisher in etwa 10 Fällen geschehen — wird in großer Aufmachung im „Völkischen Beobachter" an der Spitze des Blattes verkündet. Auch die Donnerstag-Ausgabe des Blattes ist bereits erschienen mit der großen Ueberschrift: „Die zusammenkrachende Reichsregierung". Die Mittwoch-Ausgabe des Blattes veröffentlicht übrigens zur Frage der Monarchie eine Erklärung des militärischen Führers des Kampfbundes, in der es heißt: „Nach unserer Ansicht wird die Frage der Wiederaufrichtung der Monarchie erst dann entschieden werden, wenn dem deutschen Volke von innen und außen durch ein machtvolles Heer die Grundlagen von Kraft, Stärke und Freiheit gesichert sind, die die völlige Unabhängigkeit dieses Beschlusses gewährleisten." (!)

Lerchenfeld warnt.

München, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der ehemalige Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hielt in Aschaffenburg vor Kreisen der Bayerischen Volkspartei eine Rede über die politische Lage. Er wandte sich namentlich gegen die übertriebene Kritik des Parlamentarismus und lehnte vom Standpunkt des freien Bürgers die Regierungsform der Diktatur ab, da sie gewöhnlich nur starke Auswüchse zeitige. Er bedauere tief, daß man in Bayern leichtfertig vom Bürgerkrieg spreche und warnte bei aller Anerkennung seiner idealen Ziele vor dem Nationalsozialismus, der auf niedrige Instinkte spekuliere und nach einer mit der christlichen Weltanschauung unvereinbaren Weltanschauung strebe. Auch der Antisemitismus der Nationalsozialisten sei vom christlichen Standpunkt aus abzulehnen.

Das „Hitlersche Irrenhaus".

Eindrücke eines englischen Besuchers.

London, 4. Oktober.

Die Hauptüberschriften in allen Blättern werden heute von Deutschland geliefert. Die Blätter nehmen an, daß es im Falle des Sturzes Stresemanns zu einer Militärdiktatur in Deutschland kommen würde. Die Gefahr des Auseinanderfallens des Reiches wird als sehr groß bezeichnet. Der politische Beobachter des „Daily Telegraph" ist der Ansicht, daß Bayern sich nur im äußersten Notfalle vom Reiche trennen wolle und nur dann, falls es mit einem anderen süddeutschen Staate einen Bund bilden könne. Die wahre Absicht v. Kahrs sei, Bayerns Einfluß innerhalb des Reiches so zu stärken, daß „Kronprinz" Rupprecht für den Posten eines Reichspräsidenten kandidieren könne, von hier bis zur Wiederaufrichtung einer konstitutionellen Wittelsbachschen Monarchie Deutschlands sei dann nur noch ein Schritt. Hitler hat ausgerechnet dem Vertreter der „Daily Mail" ein Interview gewährt. Im Hauptquartier Hitlers hat sich der „Daily-Mail"-Mann zunächst mit einem „bleichen, milden jungen Mann" unterhalten, der das englische Reich vor seinen jüdischen Politikern wie Sir Alfred Mond und Lord Reading (dem Vizekönig von Indien) glaubt warnen zu müssen. Hitler selbst erklärte dem Vertreter der „Daily Mail", daß der passive Widerstand niemals hätte aufgegeben werden dürfen. Da man aber die Franzosen aus dem Ruhrgebiet nicht vertreiben könne, so hätte man das ganze Ruhrgebiet einschließlich der Bergwerke und Fabriken in die Luft sprengen oder anzünden müssen. Poincaré hätte dann im Ruhrgebiet gesessen, wie damals Napoleon in Moskau. Der Vertreter der „Daily Mail" schreibt, daß er beim Verlassen des Hauptquartiers Hitlers, der keinesfalls die Eigenschaften Mussolinis besitze, den Eindruck gehabt habe, aus einem Irrenhaus zu kommen.

Fellinger übersteht die Krise.

„Wirkungen", von denen das Publikum nichts merkt.

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

Ein Mitarbeiter des „B. T." hatte eine Unterredung mit dem Devisenkommissar Geheimrat Fellinger, in der dieser hervorhob, daß die Wirkung der Verordnungen über Anmeldepflicht von Edelmetallen unverkennbar sei. (Schade, daß nur die Behörde, nicht aber das Publikum von dieser „Wirkung" etwas merkt. Sehr schade! Red. d. „Volksbl.".) Viele Leute zogen es vor, bereits jetzt ihre Edelmetallvorräte aufzugeben, um so einem später vielleicht einsetzenden energischeren Druck auszuweichen. Ueber seine Reise nach Süddeutschland sagte der Kommissar, sie habe vor allem bezweckt, eine Aussprache mit München herbeizuführen, wo man ihm und seinen Vollmachten mit einem gewissen Mißtrauen gegenübergestanden habe. Diese Schwierigkeiten seien völlig beseitigt worden. Ferner hob Fellinger noch hervor, daß der Rücktritt des Kabinetts auf seine Tätigkeit nicht von Einfluß sein werde. (!) Was die Verzögerung der Devisenreform angehe, so erscheine ihm eine Beschleunigung der Reform auch im Interesse der Handhabe seiner Befugnisse als wünschenswert.

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

Bei einer auf Veranlassung des Devisenkommissars von der Polizei im „Romanischen Café" am Kurfürstendamm veranstalteten Devisenrazzia wurden die anwesenden Personen gründlich durchsucht. Elf Personen wurden nach dem Polizeirevier transportiert. Ihnen sind u. a. 214 Dollar abgenommen worden.

Die französische Besatzung und die Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 4. Oktober. (WTB.)

Gutunterrichtete Ruhrkreise weisen anläßlich der völlig ungeklärten Lage im Ruhrgebiet darauf hin, daß deutscherseits der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Zustände kein Hindernis mehr entgegenstehe. Seitens der Besatzungsbehörde ist aber noch nichts geschehen, um die Wiederkehr einigermaßen geordneter Zustände zu erleichtern. Mit Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen wird rücksichtslos fortgefahren. Das System der Unterdrückung der Bevölkerung wird zur Zeit verstärkt angewendet. Infolgedessen ist die Stimmung außerordentlich erbittert. Angesichts der den deutschen Eisenbahnern gestellten Bedingungen sowie der Erhebung von Frankengebühren auf den Regiebahnen herrscht allgemein die Auffassung, daß von französischer Seite die Wiederherstellung geregelter Verkehrsverhältnisse gar nicht beabsichtigt wird, obwohl die Wiederherstellung des Eisenbahnbetriebes die wichtigste Voraussetzung für die allgemeine Arbeitsaufnahme ist, die aber auch bei Mitwirkung der großen Gewerkschaften nicht möglich ist. Es zeigt sich aber unverkennbar, daß die Franzosen mit den Gewerkschaften überhaupt nicht verhandeln wollen. Bei dieser Sachlage muß festgestellt werden, daß bisher die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet an den französischen Maßnahmen gescheitert ist.

Französische „Verständigungs"-Bereitschaft

Düsseldorf, 4. Oktober. (WTB.)

Der Polizeidezernent der Stadt Düsseldorf, Beigeordneter Dr. Haas, ferner Polizeioberinspektor Höfner, Kriminalinspektor Wollenberg, Kommandeur der Schutzpolizei Major Engel und Leutnant Vogt sind gestern vormittag vom französischen Kriegsgericht in der Voruntersuchung wegen der Vorfälle am letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautete auf Mordversuch.

Das Kriegsgericht Landau verurteilte wegen Beteiligung an Zahlungen zur angeblichen Stärkung des passiven Widerstandes fünf Eisenbahner zu je fünf Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark, zwei zu je drei Monaten Gefängnis und je fünf Millionen Mark Geldstrafe.

Die belgische Militärpolizei nahm auf der Reichsbankstelle Aachen und den Nebenstellen Jülich und Stolberg ungefähr 114 Billionen Mark fort.

Neue französische Taktik.

Münster, 4. Oktober. (WTB.)

In einer Unterredung eines Vertreters der Hörder Polizeiverwaltung mit der Besatzungsbehörde erklärte diese, daß sie die Zulassung staatlicher Polizei bei Unruhen nicht dulden werde, sondern daß im Bedarfsfalle französisches Militär zur Unterdrückung von Demonstrationen und Unruhen hinzugezogen werden würde.

*

Es scheint, daß die Franzosen nach der Entwicklung der letzten Tage glauben, sich nicht mehr scheuen zu brauchen, als Verwalter und Herren des Gebietes aufzutreten. Darum werden sie nunmehr ihr Militär, das sie bisher bei Unruhen meist zurückhielten, einsetzen, um die ihnen erwünschte „Ordnung" (siehe „Sklaven-Bedingungen in der heutigen Nummer des „Volksblatt") ohne Hemmungen herstellen zu können.

Hohle Moralpauke.

Ueberflüssige englische Redensarten.

London, 4. Oktober (WTB.)

Reuter zufolge erklärte Lord Aston in einer Rede in Manchester, die Ruhrpolitik Frankreichs stelle ein unvergeßliches Verfehlen für eine Nation wie die französische dar, denn sie mache Reparationszahlungen unmöglich und es sei nicht fair, einen Mann zu erwürgen, der an Händen und Füßen gebunden sei. Die Geschichte des deutschen Widerstandes werde als ein Beispiel für Ausdauer und Festigkeit fortbestehen.

*

Derartige englische Erklärungen sind sehr schön, aber sie rufen immer wieder die Tatsache ins Gedächtnis, daß es gleichfalls „nicht fair" ist, einen Mann knebeln zu helfen und dann Geschäfts halber zuzusehen, wie man ihn totschlägt.

Britische Reichswirtschaftskonferenz.

Die britische Reichswirtschaftskonferenz, die gegenwärtig neben der eigentlichen Reichskonferenz in London tagt, behandelte am Dienstag die Zollfrage. Bekanntlich sind die Besitzungen Englands in der Zollpolitik selbständig. Diese Selbständigkeit ist aber der wirtschaftlichen Einheit des britischen Weltreichs nicht dienlich gewesen. Während England einen großen Teil seiner Rohstoffe aus Amerika bezog, lehnten sich seine überseeischen Besitzungen, z. B. Australien, in ihrer Ausfuhr an andere

---

Im ewigen Feuer.

In einem kleinen Holzhaus am Rande des Kraters des tätigen Vulkans von Kilauea auf Hawai lebt seit 14 Jahren der amerikanische Prof. T. A. Jaggar, der sein Leben dem Studium der Vulkanologie gewidmet hat. Die merkwürdigen Erlebnisse und Abenteuer, die der Gelehrte in den 14 Jahren „im ewigen Feuer" gehabt hat, werden in einem Aufsatz des „Wide World Magazine" geschildert.

Das Häuschen, in dem er mit seiner Frau lebt, hat eine große Veranda, von der aus der Krater des Vulkans genau beobachtet werden kann. Der äußere Krater erstreckt sich nach dem Hause zu bis zu einer Entfernung von 3,4 Kilometern. Aus Hunderten von Spalten und Kegeln des Vulkans strömen beständig Dampf- und Rauchmassen, die den Beobachter stets daran gemahnen, daß Mutter Erde in ihren Tiefen noch ungeheure Feuer unterhalt. In Steinwurfweite von dem feurigen Loch, in dem die Lavamassen des Kilauea brodeln, lebt und arbeitet Jaggar und hat so scharfe Beobachtungen gemacht, wie kein Gelehrter vor ihm. U. a. gelang es ihm, den Ausbruch des Mauna Loa, von dem der stets mit kochender Lava gefüllte Kilauea nur ein Nebenkrater ist, im September 1919 aus nächster Nähe wochenlang zu studieren und die gewaltigen Zerstörungen zu verfolgen, die die Eruption hervorrief. Das war ein Schauspiel, das die Einwohner von Hawai mit größtem Schrecken erfüllte. Jaggar aber spricht davon wie von etwas ganz Gewöhnlichem. Lavaströme, die Hunderte von Fuß in die Luft geschleudert werden, können ihn ebensowenig erschrecken, wie die Seen von flüssigem Feuer, die sich die Berge hinabwälzen. Er ist das alles von seinen Beobachtungen auf dem Kilauea gewohnt.

Als der Gelehrte die Beobachtung zu machen glaubte, daß die Lava in dem Krater des Kilauea sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit hob und senkte, verlegte er seinen Beobachtungsposten noch näher an den Krater heran, um diese Ebbe- und Fluterscheinungen näher kennenzulernen. Er wollte feststellen, wie hoch und wie oft sich die Lava emporhebe und in welchem Zusammenhang diese Flut mit anderen Naturerscheinungen stehe. Um nur 4 Wochen lang jede Viertelstunde die Hebungen und Senkungen des Lavameeres genau messen zu können, quartierte er sich in einen Unterschlupf ganz nahe an dem Lavasee des Halemaumau genannten Kraters ein. Seine Beobachtungsstätte bestand aus einem Leinwanddach, das über 4 rohe Holzpfosten gespannt war; darunter stand ein Tisch, um die nötigen Papiere darauf zu legen, eine Kerzen-Laterne und ein Stuhl. Im Laufe des Monats, in dem Jaggar hier seine Messungen machte, stieg die Hitze der Lava so, daß sie die unteren Teile der vier Holzpfosten verbrannte! Der Professor schlief mit seiner Frau nicht allzu weit von diesem Unterschlupf entfernt in einem kleinen Zelt, umwogt von Dampf- und Rauchmassen, die sich von der Lava herüberwälzten. Als sich beide eines Tages an der Beobachtungsstätte befanden, barst plötzlich der Boden und eine Flamme heißen Gases schlug daraus empor. Die Hitze wurde unerträglich, und die Handschuhe von Frau Jaggar, die von dem Tisch heruntergeweht wurden, gingen in Flammen auf, bevor sie sie noch wieder aufnehmen konnte.

Pädagogentag.

Die in Münster abgehaltene Tagung der Deutschen Philologen und Schulmänner konnte trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse planmäßig durchgeführt werden. Unter den mehr als 1000 Teilnehmern waren nicht nur fast sämtliche deutschen Länder vertreten, auch Deutschösterreich, die deutschen Bezirke von Böhmen und Ungarn, Skandinavien und die Schweiz hatten Gelehrte als Vortragende und Hörer gesandt. In der ersten allgemeinen Sitzung, zu der auch die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen erschienen waren, sprach als Hauptredner Professor v. Wilamowitz (Berlin) über: „Die griechische und römische Persönlichkeit". Er zeigte, wie sich der Grieche zu einer Befreiung von äußerer Gebundenheit, politisch zur Demokratie, entwickelt, worauf nach einer Zeit der Verflachung bei den Römern von neuem derbe, gesunde Persönlichkeiten führend erscheinen.

Die Hauptarbeit spielte sich in den 14 Sektionen ab. Besonders bemerkenswert war die starke Teilnahme an der philosophisch-pädagogischen Sektion. In dieser sprachen Ober-Studiendirektor Dr. Kesseler (Minden) über: „Die Ueberwindung des Gegensatzes von Individual- und Sozialpädagogik"; die Pädagogik sei aufzufassen als Politik im alten guten Sinn, als Arbeit für den Aufstieg des Gemeinwohls. Wesensverwandt waren die Ausführungen von Ober-Studiendirektor Otto (Marburg) über: „Pädagogik und Soziologie". Nach dem Verhältnis von Macht, Neigung und Recht gliedert sich das Verhältnis der Individuen zueinander, und aus der Synthese der drei sozialen Grundlagen formt sich die Einheit der letzten Idee, der Gemeinschaft. Das große Interesse in Schulfragen zeigte sich auch in der allgemeinen Schluß-Sitzung, in der Studienrat Dr. Behrend (Berlin) über: „Die Einheitlichkeit des höheren Schulwesens" sprach. Der Redner beklagte, daß die Weimarer Verfassung auf dem Gebiete der Schule so gut wie gar nicht durchgeführt sei, und das Recht des Reichs, eine einheitliche Schulgesetzgebung in Grundsätzen festzulegen, nicht ausgeübt werde. Daher die große Buntscheckigkeit und die eigenen Wege, die manche Länder gehen. Daß hierbei nicht immer glücklich verfahren ist und manche Neuerung zu weiterer Zersplitterung und zu einem Herabdrücken der Leistungen führt, macht diesen Zustand nicht schmackhafter. Besonders gefährlich wird die Lage, sobald sich die Neigung, auf dem Gebiete der Schule zu sparen, unter auswärtigem Druck verstärken sollte. Gegen diese Gefahr würden die deutschen Hochschulen aufgerufen, um die bisherige Höhe der Bildungsziele festzuhalten und gegen Beeinträchtigung zu schützen. Eine entsprechende Entschließung fand einhellige Zustimmung. Als Ort der nächsten Tagung ist Erlangen in Aussicht genommen.

A. B.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute und Montag 7½ Uhr geht Herbert Eulenbergs Komödie „Alles um Liebe" in Szene. Freitag 7½ Uhr „Nibelungen" (1. und 2. Abteilung) von Hebbel. Sonnabend 7 Uhr: „Tannhäuser". Sonntag: „Zigeunerliebe" von Fr. Lehár.

Im Thalia-Theater wird am Sonntag der mit großem Heiterkeitserfolg aufgenommene Thoma-Abend wiederholt. Zur Aufführung kommen die Lustspiele: „Erster Klasse", „Die kleinen Verwandten" und „Lottchens Geburtstag". Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Philharmonie. Im 2. Philharmonischen Konzert wird Anton Bruckners größte Symphonie, die fast 1½ Stunden dauernde Achte in C-Moll von Dr. Göhler, zur Erstaufführung gebracht. Das Orchester ist durch Herren vom Gewandhaus und hiesige Künstler bedeutend verstärkt. Als Solistin wirkt Rosette Anday mit, die auch im 1. Gewandhauskonzert und in dem 1. Berliner Philharmonischen Konzert unter Furtwängler singen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0002

Kinder an. Im Kriege verlor das Mutterland in erster Linie seine europäischen Absatzmärkte. Die Folge davon war die Steigerung der Arbeitslosigkeit in England. Das Mutterland will nun die Arbeitslosenfrage dadurch lösen, daß die überseeischen Besitzungen ihre Einfuhr von Waren aus England steigern. Dafür verlangen diese von England eine Vorzugsstellung für den Absatz ihrer Erzeugnisse. Vor allen Dingen fordern sie, um ihre Produkte auf dem englischen Markte konkurrenzfähig zu machen, einen Zoll auf die englischen Exportartikel aus Amerika. Der Handelsminister Lloyd Greame erklärte Englands Bereitschaft, durch Vorzugszölle den Export der Dominien zu steigern. Damit wäre der erste praktische Schritt zu einem britischen Zollbund getan.

Der Mörder auf Peetzow.

Potsdam, 4. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Im Mordprozeß gegen den märkischen Junker v. Kaehne nahm am Nachmittag des ersten Verhandlungstages die Vernehmung des Vaters des erschossenen Lehrjungen einen breiten Raum ein. Vom 2. Mai, wo der Junge verschwand, bis zum 30. Juli, schwebte er in Hangen und Bangen über das Schicksal seines Sohnes. Da erst wurde er von Kaehne verständigt. Der Schloßherr empfing ihn mit den Worten, die den Vater von Anfang an einen Selbstmord glauben machen sollten: „Der hat sich erschossen, der Revolver liegt bei ihm." Der Vater kannte jedoch seinen Jungen und glaubte nicht an einen Selbstmord, obwohl das junkerliche Gemüt an der Fundstelle der Leiche dies nochmals unter Berufung auf den Amtsvorsteher unterstrich. Um so unverschämter schrie v. Kaehne am nächsten Morgen den Vater an, als dieser mit dem Landjäger sich im Walde einfand: „Wie können Sie sagen, daß hier ein Verbrechen vorliegt? Ich bin hier auf meinem Grund und Boden, hier habe ich mein Recht." Den Polizeibeamten suchte er gleichzeitig gegen die Auffassung des Vaters vom Mord einzunehmen: „Glauben Sie dem Manne nicht, der hat einmal Grubenholz gestohlen." Aber auch der Landjäger war der Auffassung, daß der Sohn nicht an der Fundstelle gestorben sein könne, sondern dorthin gebracht sein mußte. Dabei war auffallend, daß neben der Leiche ein Revolver lag, der gesichert war. Der Zeuge weiß auch eine interessante Instruktion des Schloßherrn an seine Pächter zur Kenntnis des Gerichts zu bringen: „Schützen Sie mein Eigentum, dann schütze ich Ihr Eigentum. Aber wenn ich einen Dieb auf meinem Grundstück treffe, dann gibt es eine Wucht. Einer meiner Pächter hat ja schon neulich einen Fuchs geschossen. Na, da macht man eben einmal den Finger krumm und läßt es einen Fuchs sein." Das ist so die Auffassung derer v. Kaehne von der Heiligkeit des Menschenlebens. Ein Schuß in der Umgebung Peetzows war um so weniger auffällig, als dort öfter 500 bis 600 Schuß täglich abgefeuert wurden, es dort den ganzen Tag knallte. Im übrigen ist der Vater der Ueberzeugung, daß v. Kaehne seinen Jungen zunächst zur Rede gestellt hatte und als er dabei die Flucht ergriff, zweimal hinter ihm herschoß.

Am zweiten Verhandlungstag ist der Junker v. Kaehne schon nicht mehr so selbstbewußt in seinem Auftreten. Ein Lokaltermin auf seinem Besitztum, der bevorsteht, und die Auffassung des Berliner Kriminalbeamten, der im Auftrage des preußischen Innenministeriums in langwieriger und mühsamer Arbeit das über der Mordtat schwebende Dunkel an Ort und Stelle zu klären suchte, beraubt den Angeklagten seiner Ruhe und macht ihn nervös. Kein Wunder: Der Zeuge faßt das Ergebnis seiner Untersuchung dahin zusammen, daß er zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß der Lehrling auf Peetzow gewaltsam getötet worden sei; ein Selbstmord scheide seines Erachtens völlig aus. Im Wald, in dem die Untat geschah, fand der Zeuge noch einen Wirbelknochen und einen Vorderzahn des Getöteten. Der Sprößling des alten Kaehne äußerte sich dem Zeugen gegenüber selbst: „Na, ob es nicht der Alte gewesen ist?"

Der Hauptbelastungszeuge gegen v. Kaehne, dessen Auffassung der Kriminalbeamte nicht unwahrscheinlich hält, ist ein Arbeiter, der am Tage des Mordes im Peetzower Wald Morcheln suchte. Ihn selbst beachtete der schießwütige Schloßherr nicht; von seinem Versteck aus will er jedoch gesehen haben, wie v. Kaehne den Jungen mit „Lümmel" angeschrien und auf den Fliehenden dann zweimal geschossen habe. Der Getroffene sei vornüber gefallen, habe sich aber wieder aufgerafft und in die Büsche geschleppt.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages begab sich der Gerichtshof mit allen Prozeßbeteiligten nach Schloß Peetzow, um dort im Sternwald, dem Ort der Bluttat, einen Lokaltermin vorzunehmen.

Wirtschaftspolitik.

Amtliche Devisenkurse.

	4. Okt. Mark (Geld)	3. Okt. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	216000000	165000000
1 belgischer Frank	27300000	—
1 dänische Krone	97000000	74000000
1 italienische Lira	25300000	19000000
1 Pfund Sterling	2500000000	1900000000
1 Dollar	550000000	415000000
1 französischer Frank	32900000	25000000
1 Schweizer Frank	98000000	75000000
1 tschechische Krone	16400000	12500000
1 österreichische Krone	—	—

Tendenz sehr fest.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 3. Oktober.

Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. heute	Vortag	Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. †) heute	Vortag
Weizen, märk.	580–610000	460–490000	Leinsaat **)	—	—
" pomm.	—	—	Viktoria-Erbsen	—	—
" schles.	—	—	Kl. Speise-Erbsen	—	—
Roggen, märk.	550–560000	480–485000	Futter-Erbsen	—	—
" pomm.	—	—	Peluschken	—	—
" schles.	—	—	Ackerbohnen	ohne Ang.	—
" westpr.	—	—	Wicken	—	—
Gerste, Sommer	540–580000	460–480000	Lupinen, blaue	—	—
" schles.	—	—	" gelbe	—	—
Hafer, märk.	500–525000	380–400000	Serradella	—	—
" schles.	—	370–380000	Rapskuchen	420–490000	300–320000
Mais loko Berlin	—	—	Leinkuchen		—
waggonfr. Hamb.	—	—	Trockenschnitzel	250–260000	200000
Weizenmehl *)	2100-2300000	1600-1900000	Vollwert. Zucker-		
Roggenmehl *)	1700-2100000	1400-1700000	schnitzel	—	—
Weizenkleie **)	280–290000	210–220000	Kartoffelflocken	500–525000	—
Roggenkleie **)	—	210–220000	Torfmelasse		
Raps **)	850–900000	—	Mischung 80/70	—	—

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Weizen, Roggen, Gerste, Weizen- und Roggenmehl, Kleie, Raps steigend, Hafer fest, Mais geschäftslos.

Aus dem hallischen Gewerkschaftsleben.

Zentralverband der Schuhmacher, Zahlstelle Halle. Auf Grund der Steigerung des Reichsindex um 97 Prozent beträgt der Stundenlohn für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober für einen Arbeiter in der 1. Lohnklasse: 23 553 000 Mk., in der 2. Lohnklasse: 21 198 000 Mk. Seitens der Arbeitgeber wurde das Verlangen an uns gestellt, dieses Lohnabkommen einer Aenderung zu unterziehen, da sie den Lohn nicht mehr zahlen könnten. Es können jedoch unsererseits keine Konzessionen gemacht werden. Wir ersuchen vielmehr, unbedingt diese Löhne zu verlangen.

Die Ortsverwaltung.

Die Lohnverhandlungen im Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend einschließlich Merseburg für die laufende Woche sind gescheitert. Der Schlichtungsausschuß ist zur Entscheidung angerufen worden. Die Arbeitgeber haben sich vorläufig verpflichtet, das diesmalige Mehr der Inderziffer zu den bestehenden Lohnsätzen zu zahlen.

Aus aller Welt.

Ein Giftmord-Prozeß.

In München findet zurzeit ein Prozeß gegen einen gewissen Robert Huber statt, der wegen Giftmordes in mehreren Fällen angeklagt ist. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Huber lernte eine Tochter der Eheleute Johann und Marie Reindl auf einer Skitour kennen. Nicht lange danach erkrankte Frau Marie Reindl plötzlich an Rotlauf und starb nach wenigen Tagen. Zwei Jahre danach im Jahre 1921 erkrankte die eine Tochter Marie gleichfalls an derselben Krankheit und starb. Beide Kranke hatte Huber gepflegt und dabei verdächtige Manipulationen an ihnen vorgenommen, die in dem Arzt den Verdacht entstehen ließen, daß Huber an der Erkrankung oder doch am Tode schuld sei. Der Vater Johann Reindl erkrankte bald nach dem Tode der jungen Tochter. Auch hier trat nach wenigen Tagen ein schwerer Rotlauf ein, der eine Operation nötig machte. Dem Genesenden brachte Huber in kleinen Dosen Arsen bei. Reindl siechte nun an Magen- und Darmbeschwerden mit Brechreiz und Durchfällen hin und starb am 10. März 1922. Es war jetzt von der Familie Huber nur noch die Tochter Walburga am Leben, mit der Huber sich verheiratete. Außer dieser mysteriösen Angelegenheit steht ein Fall zur Verhandlung, wo Huber einem Ehepaar Griem in Schliersee Digitoxin in die Bowle geschüttet hatte. Die Eheleute genasen aber. Durch die Zeugenvernehmungen wurde Huber bisher nicht erheblich belastet.

Eifersuchtsdrama im Süden Berlins.

Seine eigene Frau erschlagen.

Eine Eifersuchts-Tragödie hat sich in einem Hause der Kommandantenstraße abgespielt. Dort wohnt der Magistratsbeamte Fritz Gellessat mit seiner erheblich jüngeren Ehefrau Emma geb. Prüfer. Der Man war sehr eifersüchtig, und es kam wiederholt zu heftigen Auftritten. Gestern abend wurde der Mann wieder von Eifersucht gepackt und machte grundlos seiner Frau heftige Vorwürfe. Während sich diese Szene im Wohnzimmer abspielte, holte der Ehemann ein Beil und schlug auf seine Frau ein. Er zertrümmerte ihr den Schädel, so daß sie besinnungslos zusammenbrach. Als er sah, was er angerichtet hatte, verließ er die Wohnung und irrte in den Straßen umher, bis er gegen 3 Uhr nachts einem Polizeibeamten auffiel. Diesem erklärte er dann, daß er seine Frau geschlagen habe, aber nicht wisse, was mit ihr geschehen sei. Der Beamte brachte den Mann nach dem Polizeirevier, wo er verhört wurde. Die Beamten eilten nun nach der Wohnung, wo sie die Frau mit zertrümmertem Schädel auffanden. Der Täter wurde in Haft genommen.

Briefkasten der Redaktion.

M. F., Torgau. Sie können unmöglich verlangen, daß wir erst heute über einen Vorgang berichten, der sich bereits am 11. September abgespielt hat. Eine Tageszeitung muß Wert auf aktuelle Berichterstattung legen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Naht- und nagellose Besohlungen? Aufklärungsschrift gratis. 3323
Hartmann & Hansen, Halle a. S., Talamtstraße 9

feurio
Feurio sieht nach Jahren noch genau so aus wie im frischen Zustande. Kernseifen schrumpfen zusammen und werden unansehnlich.
TRUEB
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

An den Ufern des Hudson.

Roman von Lawrence H. Desberry.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Englischen von Hermynia Zur Mühlen.

19] (Nachdruck verboten.)

Samuel Katzenstein schauderte zusammen; von neuem durchlebte er die furchtbare Nacht, die er hier verbracht hatte, ihn deuchte, an der schwarzen Wand glimmen in Flammenschrift zwei Namen: „Moses Silberblatt und Rachel Kohn."

„Es sterben viele Juden," fuhr Tom Barnaby mit schauerlicher Schadenfreude fort. „Auch götzenanbetende Irländer. Gott straft ihre Schlechtigkeit, die einen läßt er sterben, weil sie seinen lieben Sohn, unseren Herrn Jesus Christus, gekreuzigt haben, die anderen, weil sie dem Papst und der babylonischen Hure anhangen. Die wahren Christen aber rettet er aus dem Verderben, reißt sie durch die Hand unseres Doktors vom Abgrund des Todes zurück, zu Gottes Ruhm und zum Heil unseres freien Amerikas."

„Ich bin auch Jude," sprach Samuel Katzenstein verwirrt.

„Ja, deshalb hat dich Gott gestraft und dir deine Tochter genommen. Aber ich kann dich leiden, weil du vernünftig bist und die Toten nicht fürchtest. Sie sind gute Gesellschafter, die Toten, schlagen nicht Lärm wegen ein paar armseliger Gläser Schnaps. Nicht, daß ich darob unseren Herrn tadle, er hat recht, der Alkohol verdirbt das Volk; aber wenn ein ehrbarer, gottesfürchtiger Mann wie Tom Barnaby ein Gläschen trinkt, so ist das etwas anderes."

„Wie ist Ihr Herr?" fragte der alte Hausierer mit einem jäh aufblitzenden Verdacht in den Augen.

„Der Doktor? Der ist ein Engel, ist der beste Mensch, der je gelebt hat. Alles gibt er den Armen, schuftet sich zu Tode für sie. Ein wahrer Christ, fromm, gut. In dieser Woche hat er vier Nächte lang nicht geschlafen, weil er nicht vom Bett eines amerikanischen Matrosen wich, der vom Mastbaum gefallen war. Alle Aerzte sagten, der Mann müsse sterben, aber unser Doktor hat ihn durchgebracht, der versteht es, selbst mit dem Tod fertig zu werden."

„Und dennoch ließ er meine Miriam sterben", meinte Samuel Katzenstein traurig.

„Das war nicht seine Schuld. Sie war eben eine Jüdin, und Gott wollte deshalb ihren Tod. Teufel, die Flasche ist leer, gehen wir schlafen. Komm bald wieder, Sheeny (amerikanischer Ausdruck für Duell) und leiste mir Gesellschaft."

Er erhob sich schwankend und geleitete den Hausierer bis ans Seitentor, ließ ihn dann hinaus.

Samuel Katzenstein befand sich am Ufer des Hudsons; vom Gewitterwind aufgepeitscht, schlug der gewaltige Fluß brausend gegen das steinige Ufer. Am Himmel trieb der Sturm die Wolken dahin, riß sie immer wieder vor den fahlweißen Mond.

Der Alte sank müde auf einen Stein und vergrub das Gesicht in den Händen.

Ein furchtbarer Verdacht war in ihm erwacht, ein Verdacht, so grauenhaft, daß er ihn gar nicht auszudenken wagte. . . . Aber nein . . . . er ist ein schlechter, verdorbener Mensch, denn er wagt, von einem Manne, dessen Güte und Menschenfreundlichkeit alle preisen, schlecht zu denken. Wahnsinn ist sein Verdacht, und dennoch. . . .

Viele Stunden saß er so da, überlegend, ringend und kämpfend. Schließlich vermochte er die folternden Zweifel nicht länger zu ertragen; er mußte sie einem Menschen gegenüber aussprechen, mußte von jemandem hören, ob er nicht schon tatsächlich an der Schwelle des Wahnsinns stehe, daß ihm solche Gedanken kommen.

Von allen Menschen, die er kannte, gab es bloß einen, dem er sich anvertrauen konnte: Harvey Word. Samuel Katzenstein hatte zu dem jungen Mann unbegrenztes Vertrauen, er schätzte dessen Klugheit und Anständigkeit; außerdem war Harvey Arzt, also auch in diesem Falle eines Urteils fähig.

Er suchte den jungen Mann im Stadthaus der Words auf und wurde sofort in Harveys Arbeitszimmer geführt.

Hastig, mit sich überstürzenden Worten, berichtete der alte Hausierer die Erlebnisse der verflossenen Nacht, seine früheren Beobachtungen, Tom Barnabys Reden, sprach dann stammelnd, schier vor den eigenen Worten erschreckend, den ungeheuerlichen Verdacht aus, dessen er sich nicht erwehren konnte.

Harvey Word schnellte von seinem Sessel auf.

„Sie sind verrückt, Katzenstein. Der Kummer um die Tochter hat Ihren Geist verwirrt. Der Mann, den Sie derart zu verdächtigen wagen, ist in ganz Amerika, als Philantrop, als einer der besten und gütigsten Menschen bekannt. Außerdem . . . . es wäre zu un[illegible] . . . , und was für einen Sinn könnte es haben . . . . ? Nein, nein, schlagen Sie sich diesen Gedanken aus dem Kopf, mein Freund."

„Kennen Sie Dr. Brathford persönlich?"

„Nein; aber was ich eben sagte, können Ihnen Tausende von vertrauenswürdigen Leuten bestätigen. Dr. Brathford lebt nur für seine Patienten, hat unzähligen das Leben gerettet. . . . . Ihre Beobachtung beruht auf bloßem Zufall."

„Und meine Miriam?"

„Sie war wohl weit kränker als Sie dachten, kam zu spät ins Sanatorium."

Samuel Katzenstein schüttelte enttäuscht den Kopf; er hatte mehr von dem jungen Mann erwartet.

„Ich möchte Sie nur um Eines bitten, Herr Word: es wäre mir eine große Beruhigung, wollten Sie mit Herrn Smith, unserem Kassenarzt, sprechen; er hat Miriam behandelt, ehe ich sie ins Sanatorium brachte."

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein Freund, dürfen sich nicht derartigen Gedanken hingeben. Ein großer Kummer wirkt verhängnisvoll auf die Nerven, das weiß ich. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, durch eigene Willenskraft mit dieser Wahnidee fertig zu werden, so kommen Sie zu mir, wir werden es mit Hypnose versuchen."

Harveys blaue Augen ruhten gütig, aber forschend auf des alten Mannes Gesicht; nach einer kleinen Weile sagte er:

„Katzenstein, Sie haben das Vertrauen zu mir verloren."

Der Hausierer rückte unruhig auf seinem Sessel hin und her und stammelte schließlich:

„Das nicht . . . aber . . . ."

Harvey lächelte. „Sie sagen sich jetzt: „Na ja, der Goj, er sieht nicht weiter, als seine Nase reicht, und außerdem halten diese Leute alle zusammen, wenn es gegen uns geht. Das ist nicht wahr, Katzenstein, verstehen Sie? Wenn ich einer Ungerechtigkeit auf die Spur komme, so gehe ich unbarmherzig vor, und müßte ich dabei die Menschen opfern, die mir am teuersten sind. Ich bitte Sie, mir zu vertrauen, auch wenn ich Ihren wahnsinnigen Verdacht nicht teilen kann. Bedenken Sie doch, es handelt sich hier um einen der geachtetsten und auch in medizinischer Hinsicht größten Männer unseres Landes."

Der alte Hausierer nickte. „Sie haben recht, Herr Word. Aber . . . . Sie werden mit dem Kassenarzt reden?"

„Bestimmt, heute noch."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0003

«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»

Leipziger Straße 88 — U.T. — **Leipziger Straße 88**

Fernruf 1224 — Fernruf 1224

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Erst-Aufführung! **Erst-Aufführung!**

Die Frau aus dem Orient

6 Akte von Walter Wassermann.

Die Hauptrollen spielen:

Hedda Vernon, Oscar Marion
Esther Carena

Eine selten reiche Abwechslung von Bildern findet man in diesem Film. Aufnahmen aus dem Orient, berauschend eingerichtete Paläste — dann die moderne Gesellschaft in ihrem Leben und Treiben, wobei als Hintergrund unter anderem wundervolle Winterbilder dienen.

Vorführung: 4.40 6.30 9.00.

Der unübertreffliche

Paul Heidemann

in dem Lustspiel in 3 Akten

Der Neffe als Onkel

— **Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.** —

Walhalla-Lichtspiel-Theater — W.-T. — **Walhalla-Lichtspiel-Theater**

Fernruf 1224. — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Gastspiel! **Gastspiel!**

Humorist Stops

mit seiner Varietégesellschaft in der Burleske

Ein Abenteuer im Witwenverein.

Personen:

Peter Bessing, Schürzenfabrikant	Direkt. Stops
Selma, seine Frau	Liesl. Voigt
Otti, beider Tochter	Else Ludwig
Amandus Hübnchen	Karl Voigt
Hedwig Fröhlich	Elvira Baler

Lachen! Lachen! Lachen!

Auftreten: Werktags 5.40 8.20 Sonntags 4.45 7.20 9.45

Dazu:

Das gewaltige Zirkusdrama in 6 Akten

Unter Bestien.

Sensationen! Atemraubende Geschehnisse! Sensationen!

Vorführung: Werktags 4.00 6.30 9.00 Sonntags 3.00 5.40 8.20,

Alte Promenade 11a — U.T. — **Alte Promenade 11a**

Fernruf 1224. — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Der Film, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.

Ein Dokument kühnen Forschergeistes!

Shakletons Todesfahrt zum Südpol

7 Akte! **7 Akte!**

Letzte Expeditionsreise, von der Shakleton nicht zurückkehrte.

Die letzte Fahrt Shakletons wurde seine Todesfahrt. Die Fahrt ging von London aus. An Bord ist alles wohl, trotz des hohen Seeganges in der Biscaya, der den kleinen Segler so hart mitnimmt, dass Lissabon angelaufen werden muss. Volle acht Tage liegt die „Quest" auf dem Tajo, dann geht es weiter. Madeira, die märchenhaft schöne Insel, taucht am Horizont auf. Ein letzter Gruss: das Paradies versinkt wieder in den Wellen. Bei schwerer See stampft die „Quest" nach Süden zu. St. Vincent wird erreicht, dann die St Paulsfelsen. Wir sehen eine Landung auf diesem weltentlegenen, von Vögeln und Krabben bevölkerten Felsen. Weiter geht die Fahrt, Rio de Janeiro bleibt zurück, Süd-Georgien, die Heimat der Wanderalbatrosse, wird gesichtet. Das Leben dieser Vögel und der drolligen Pinguine erscheint im Bild, ebenso die grotesken See-Elefanten. Eine aufregende Jagd auf Walfische folgt, dann wird Elephant-Island passiert, die ersten Eisberge tauchen auf, dann Neueis, dann das gefährliche Packeis, das die „Quest" völlig einschliesst. Der Kurs muss nördlich genommen werden, die entlegene Insel Tristan da Cunha taucht aus den eisigen Fluten. Dann beginnt die Rückreise und wir erleben das tragische Ende des grossen Forschers und sehen sein einsames Grab an der Schwelle der Welt, deren Erforschung sein Lebenszweck war . . .

Vorführung: Sonntags 4.00 6.30 9.05. Werktags 4.40 6.50 9.05.

Die beiden lustigen Amerikaner 3375

Fix und Fax im Suff, Fix und Fax im Zirkus

4 Akte. 4 Akte.

— **Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.** —

«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»«UfA»

Vereins-Kalender

der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

SAJ. Heute, Donnerstag, den 4. Okt., abends pünktlich 7 Uhr: Wichtige Bezirksvorstandssitzung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

— **Gruppe Nord** Donnerstag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr: Liederabend. Musikinstrumente sind mitzubringen.

— **Gruppe Süd.** Donnerstag, den 4. Oktober, abds. 7 Uhr, in der Torfschule: Funktionärsitzung. Anschließend: Musikabend. — Freitag, den 5. Oktober, im Heim: Zusammenkunft. Musikinstrumente mitbringen.

— **Kindergruppe:** Sonntag, den 7. Okt.: Treffpunkt für Süden (L. Weber), ½8 Uhr, auf dem Marktplatz. Norden (K. Manoelsdorf) um 8 Uhr: Mohrenapotheke. Wanderung nach der Teufelsküche Rückkehr gegen 6 Uhr.

Verband d. Sattler, Tapezierer u. Portefeuiller. Freitag, den 5. Okt., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 28 II Tr.: Außerordentliche Generalversammlung.

Bitterfeld. Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel „Richter": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. — Die Parteifunktionäre treffen sich eine Stunde früher.

Sangerhausen. Freitag, den 5. Oktober, abends ½8 Uhr, im „Preußischen Hof": Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die Einstellung des Ruhrkampfes und die bayrische Reaktion." Redner: Landtagsabgeord. Gen. Waentig (Halle).

Liebenwerda. Freitag, den 5. Oktob., abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone": Monats-Versammlung. Tagesordnung: 1. Allgemeiner Bericht. 2. Kassenbericht. 3. Fortsetzung der Debatte über den Bezirksparteitag. 4. Referat des aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Redakteurs Genossen Hauffe (Mühlberg). 5. Verschiedenes. 3330

Elsterwerda. Sonnabend, den 6. Oktober, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Bezirkstages. Referent Genosse Fitzkow (Liebenwerda). 2. Die politische Lage im Reiche. Referent Landrat Vogl, Liebenwerda. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Friedersdorf. Sonnabend, den 6. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Stern": Mitgliederversammlung. Sämtliche Mitglieder müssen der wichtigen Tagesordnung halber erscheinen.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Jungsozialisten. Freitag, den 12. Okt., abends 8 Uhr, Vortrag: „Republik in Gefahr".

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

C.T.-Lichtspiele . . . am Riebeckplatz . . .

Schon ab heute Donnerstag!

Mit der ganzen Seele ihrer Kunst spielt die liebreizende

HELLA MOJA

die Hauptrolle in dem größten historischen Filmwerk

Felicitas Grolandin!!

6 Akte! Die Tragödie eines Mädchens spielt im Rahmen **gewaltigster Aufnahmen an Menschen und Tieren,** in der Epoche des Dreißigjährigen Krieges, **an historischen Stätten der Festen Magdeburg und Nürnberg.** **6 Akte!**

3376

Bei verstärktem Orchester

Eine Handlung monumentalster Größe, die uns erzählt von einer Liebe, so stark, daß sie bereit ist, das Leben gegen den Tod einzutauschen, von einer Treue, die erst mit dem letzten Blutstropfen erlosch.

Ein Filmwerk echter und wärmster Lebenstreue.

Bühne! Spielleitung: Hans Süßenguth. **Bühne!**

Leonorens Zopf

Schwank von Karl Grube-Templin mit
Hans Süßenguth — Hilde Röß — Hedda Schramm — Else Reindel.

Jugendliche haben Zutritt

Besuchen Sie nach Möglichkeit die erste Nachmittag-4-Uhr-Vorstellung

Stadt-Theater.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Die Nibelungen
Sonnabend, abds. 7 Uhr:
Tannhäuser

Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr:
Erster Klasse
Die kleinen Verwandten
Lottchens Geburtstag
Lustspiele v. Ludwig Thoma. 3334

Damen-Taschen
la Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19
Lederwaren- 3324
Spezial-Geschäft.

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

ZOO — ZOO
Morgen, Freitag: 3381
Großer Ball.
Volles Orchester. ∴ Anfang ½8 Uhr.

Volkspark-Varieté.
Ab heute täglich ¾8 Uhr:
Gastspiel des berühmten Komikers
● ● **HENRI GIPSER** ● ●
und das große Varieté-Programm.

Textbücher
zu den Aufführungen im
Stadttheater
halten wir stets vorrätig
Volksblatt-Buchhandlung,
Grosse Ulrichstrasse 27.

Größte Auswahl! Billigste Preise!
in hölzernen und eisernen 3369
Bettstellen und Matratzen
Weitgehendste Zahlungserleichterung.
Bruno Paris, Leipziger Str. 12.

Der stärkste, auch historisch wertvolle Episodenfilm:
Mit Stanley im dunkelsten Afrika
5. Episode:
Wüstengefahren
Hierzu: 3377
Der große humorvolle Spielplan.
Ab Freitag: **C. T. Gr. Ulrichstr. 51**

Genossen! Werbt unabläßig neue Leser für Eure „Volksblatt"!

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei.

Möbel
auf bequeme
Teilzahlung
besonders
Kleiderschränke
Vertikos
Kommoden
Bettstellen
Ruhebetten
sowie alle Arten
Einzelmöbel
in
großer Auswahl.
N. Fuchs
Möbelhaus
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstr. 58.
Kredite auch nach auswärts.

Halt!
Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Reparaturen
an **Uhren, Goldwaren**
3371 und **Optik**
werden billigst ausgeführt
Carl Franke, Uhrmacher
Sternstrasse 9, II.
Kein Laden, daher billigste Preise
Ankauf von Uhren aller Art.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Gas- und Strompreise.

Infolge der weiter fortschreitenden Markentwertung werden mit Wirkung vom **4. Oktober** folgende Preise festgesetzt:

Leucht-, Koch- und Heizgas, das Kubikmeter . . . . . . 18,0 Millionen
Gewerbegas, d. Kubikmeter 16,0 „
Lichtstrom, Kilowattstunde 23,0 „
Kraftstrom, Kilowattstunde 18,0 „
Strom-Großabnehmer, die Kilowattstunde . . . 12,0 „

Wasser.

Das Kubikmeter . . . . 8,4 Millionen

Halle, den 3. Oktober 1923.

3379 **Der Magistrat.**

Mieteinigungsamt.

Im Wagegebäude (Marktplatz 24) ist vom 3. Oktober 1923 an auf die Dauer von 8 Tagen die Bekanntmachung des Magistrats vom 3. Oktober 1923 betreffend Aufforderung der Hausbesitzer- und Mietervereine im Stadtkreis Halle zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Beisitzer zum Mieteinigungsamt angeschlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. Oktober 1923.

Das Ergebnis der Genossenschaftswahl.

Genossenschaftlicher Aufbau: 569, KPD.: 1587 Stimmen.

Das endgültige Ergebnis der Wahl der Vertreter des Allgemeinen Konsumvereins zeigt, daß die Beteiligung eine beschämend geringe war. Sie betrug nur 12 Prozent. Es wurden im ganzen 2159 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste „Genossenschaftlicher Aufbau" 569 Stimmen, auf die Liste der KPD. 1587 Stimmen. 3 Stimmen waren ungültig. Danach erhält die Aufbauliste 42, die KPD. 117 Vertreter. Es ist tief zu bedauern, daß die Mehrheit der Genossenschaftler offenbar nicht gewußt hat, worauf es bei der Wahl ankam. Gerade die Tatsache, daß trotz der geringen Kraftanstrengung eine für die hiesigen Verhältnisse beträchtliche Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses erreicht wurde, beweist, wie sehr alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um den genossenschaftlichen Aufbau, mit deren Forderung unsere Genossen in die Wahl gingen, auch wirklich zu vollenden.

Die Kommunisten freilich haben kein Mittel, vor allem kein unerlaubtes Mittel gescheut, um ihre Stimmenzahl zu erhöhen. In einzelnen Lokalen haben Mitglieder mehrmals zu wählen versucht. In anderen Wahlstellen wieder haben sich Männer durch Frauen — unter Duldung durch den kommunistisch zusammengesetzten Wahlvorstand — vertreten lassen, obwohl das völlig unzulässig und Sozialdemokraten auch tatsächlich verwehrt worden ist.

Die Regierung des Herrn Jüttner.

Die aussichtsreichsten Aktionen sind immer die, welche man bis zuletzt mit dem Mantel der Loyalität decken kann. Auch die Zentralleitung des „Stahlhelm" nährt ihre Mitgliederlisten noch durch die offene Behauptung, auf dem Boden der Republik zu stehen. Weniger genau, aber mit ähnlicher Tendenz, hat sich jüngst der Leiter der hallischen „Stahlhelm"-Organisation, Herr Hauptmann a. D. Jüttner, geäußert. Nach seiner Meinung steht der „Stahlhelm" „hinter der Staatsregierung". Vielleicht hat Herr Hauptmann Jüttner die Freundlichkeit, sich noch zu äußern, welcher Staatsregierung der „Stahlhelm" die Gunst seiner Unterstützung erweisen wird. Ist damit die verfassungsmäßige, republikanische oder irgendeine künftige, die auf den erwarteten Klamauk folgen soll, gemeint? Welcher Republikaner dürfte noch hoffen, daß die unterstützungswürdige Regierung des „Stahlhelm" eine andere als die ist, deren Geburtskrampf das Chaos sein muß . . .

Aenderungen in der Rentenzahlung für Kriegsopfer.

Die Gauleitung Magdeburg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten schreibt uns: Im Reichsarbeitsministerium haben am 26. September Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen über die vom Reichsbund gestellten Forderungen stattgefunden. Es wurde folgendes Verhandlungsergebnis erzielt:

Gegenüber dem Verlangen des Reichsbundes, eine wöchentliche Rentenzahlung durch die Post vorzunehmen, will das Reichsarbeitsministerium wegen der verwaltungstechnischen Schwierigkeiten zweimal im Monat eine Zahlung durch die Post für die allgemeine Rente anordnen. Bei der Rente, die zum 1. jedes Monats zahlbar gemacht wird, wird die in der Beamtenbesoldung zum Schluß des vorhergehenden Monats maßgebende Teuerungszulage berücksichtigt. Solange die Beamtenbesoldung wöchentlich neu festgestellt wird, sollen bei der zweiten Rentenzahlung Mitte jeden Monats die für die zweite Woche des Monats geltenden Teuerungszahlen gleich für den ganzen Monat im voraus berücksichtigt werden, während den Beamten der Mehrbetrag stets nur für eine Woche angewiesen wird. Das bisher angewandte Schecküberweisungsverfahren, das zu den stärksten Verzögerungen Anlaß gab, wird beseitigt. Die Zahlung erfolgt auf Grund sogenannter Jahreslisten.

Um den besonders bedürftigen Rentenempfängern eine fühlbare Hilfe zuteil werden zu lassen, sollen die sozialen Fürsorgestellen zwischen den beiden Rentenzahlungen, die am Anfang und zur Mitte eines jeden Monats gewährt werden, die Zusatzrenten oder Vorschüsse auf sie zur Auszahlung bringen.

Neuregelung des Steuer-Verzugszuschlags.

Das Finanzamt schreibt: Für alle nach dem 30. September fällig werdenden Zahlungen tritt an Stelle des bisherigen Zuschlags von 400 Prozent die im Artikel II der Verordnung vom 27. September 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 913) vorgesehene Neuregelung: Der Zuschlag, der bei verspäteter Zahlung zu entrichten ist, ist wie folgt zu berechnen: Der Betrag der Zahlung wird durch den Umrechnungssatz geteilt, der im Zeitpunkt der Fälligkeit der Zahlung für die Landabgabe maßgebend ist. Der sich hiernach ergebende Betrag wird mit dem in Zeitpunkt der Zahlung maßgebenden Umrechnungssatz vervielfacht. Der Unterschied zwischen dem auf den Zeitpunkt der Zahlung berechneten Betrag und dem Betrage der ursprünglichen Zahlung wird als Zuschlag erhoben. Der Zuschlag beträgt mindestens 10 Prozent der ursprünglichen Zahlung. Die bisherige Schonfrist von einer Woche ist aufgehoben. Es wird darauf hingewiesen, daß der jetzige Goldumrechnungssatz von 86 000 000 nur bis zum 5. Oktober einschließlich gilt.

Parteinachrichten.

* **Ortsvorstands-Sitzung.** Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr im Parteibureau: Sitzung des Ortsvorstands mit den Ortsbezirksführern und -kassierern. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

* **Fürsorge für vertriebene Schulkinder.** Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat an die zuständigen Schulbehörden folgenden Erlaß gerichtet: „Eine nicht unerhebliche Zahl von Schülern und Schülerinnen des besetzten Gebiets ist zusammen mit ihren Eltern von der Ausweisung betroffen worden. Ich habe das Vertrauen, daß die Leiter und Leiterinnen und Lehrer und Lehrerinnen der höheren und mittleren Lehranstalten sowie der Volksschulen allen diesen Schülern und Schülerinnen ihre besondere Fürsorge zuteil werden lassen. Es muß alles geschehen, um eine Schädigung in ihrem Fortkommen in der Schule zu verhüten." Sollten im Einzelfall besondere Maßnahmen, namentlich bei der Versetzung, nötig sein, so erwartet der Kultusminister rechtzeitig Vorschläge des zuständigen Provinzialschulkollegiums oder der zuständigen Regierung.

* **Verbot des gewerbsmäßigen Musizierens der Beamten.** Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Nach einer Verfügung des Ministers des Innern hat das Preußische Staatsministerium die folgenden Grundsätze für die Genehmigung zum Musizieren der Beamten beschlossen: Eine Genehmigung zum gewerbsmäßigen Musizieren der Beamten wird grundsätzlich nicht mehr erteilt. Gewerbsmäßiges Musizieren liegt vor, wenn diese Beschäftigung auch nur zeitweilig in regelmäßiger Wiederholung geübt und zu einer Erwerbsquelle gemacht wird. Die bloße gelegentliche Beteiligung an Musikaufführungen, d. h. Beteiligung in einzelnen, nicht zu eng aneinander liegenden Fällen gegen Bezahlung ist kein Gewerbebetrieb. Bei Musizieren gegen Entgelt in irgendeiner Form muß dem Leiter der Behörde rechtzeitig zuvor Art, Tag und Ort der Veranstaltung und die Dauer der Musikausübung angezeigt werden. Musikvermittlung durch Beamte ist verboten.

* **Lateinnachweis für die ärztliche und zahnärztliche Vorprüfung.** In einem Schreiben des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Universitätskuratoren und medizinischen Fakultäten der Universitäten in Berlin, Frankfurt a. M. und Köln wird erneut daran erinnert, daß Studierende der Medizin oder Zahnheilkunde, die auf Grund von ausländischen Schulreifezeugnissen immatrikuliert worden sind, welche einen Lateinnachweis nicht enthalten, diesen Nachweis vor der Meldung zur ärztlichen oder zahnärztlichen Vorprüfung durch eine Lateinprüfung an einem Gymnasium oder Realgymnasium innerhalb des Deutschen Reiches (bei Reichsausländern evtl. auch an einer gleichwertigen Lehranstalt in ihrer Heimat) erwerben müssen. Zeugnisse über die Teilnahme an Lateinkursen an den Universitäten gelten nicht als ausreichende Lateinnachweise.

* **Gefaßt.** Der Betrüger, der hier vor einigen Tagen im Jägeranzug und als Gerichtsvollzieher Geschäftsleute geschädigt bzw. zu betrügen versucht hat, ist auf Veranlassung eines Geschädigten festgenommen worden. Er ist wegen gleicher Betrügereien bereits bestraft und hat erst unlängst die Strafe verbüßt.

* **Gestürzt.** Am 3. Oktober abends wurde im Hause Magdeburger Straße 13 eine in der Rathausstraße wohnende Frau besinnungslos und aus einer Kopfwunde blutend von Hausbewohnern aufgefunden. Die Frau war auf der Treppe ausgeglitten und diese herabgestürzt. Sie mußte der Klinik zugeführt werden.

Film und kleine Bühne.

* **Die Leitung des Volkspark-Varietés** hat trotz des großen Spielplanes noch den berühmten Komiker Henri Gipser für ein kurzes Gastspiel verpflichtet. Er tritt ab heute auf. Von den großen Variets-Sensationen ist ganz besonders die Hundedressur-Nummer mit Fox, dem lesenden Hund, hervorzuheben. Er liest und schreibt, was das Publikum befiehlt. Echt russische Tanzkunst bieten Sascha und Tanja Feodorow.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Ein letztes Wohltätigkeitskonzert** findet Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Festsaale der Landesheilanstalt Nietleben statt. Die selbstlos Mitwirkenden sind sechs hallische Künstler. Der Ertrag kommt ohne Abzug entlassenen mittellosen Patienten zugute. Gästen wird der Zutritt gestattet. Eingang am Weinberg.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Am Freitag, dem 5. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen.

Saalkreis.

Löbejün. Mitgliederversammlung. Sonntag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der „Quelle". Referent ist zur Stelle. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Aus der Arbeitersportbewegung.

2 Uhr spielen auf dem Minerva-Platz: II—Minerva II. Geißmeier, Koch, Sänger, Straube, Dosse I, Thiele, Steinborn, Bereck II, Heinicke I und II, Denkewitz. Ersatz: Höpfner, Wolf I, Westphal.

HSC. „Sportlust 07". Resultate: I—Kröllwitz I 4 : 4. Sonntag ¾4 Uhr: I—Minerva I, Mannschaft spielt wie bisher. Treffpunkt eine Stunde vor Spielbeginn im Umkleide-Lokal (Südpol). Sonnabend 8 Uhr: Mannschafts-Sitzungen im Vereinslokal.

„Germania-Felsenfest" veranstaltet am Sonnabend, dem 6. Oktober, im „Goldenen Hirsch" ein Jugendringen in vier Klassen. Anfang 7 Uhr abends. Alles andere morgige Anzeige.

„Germania-Felsenfest" Kreismeister des 5. Kreises in Weinheim und Heidelberg in Baden. Nach zwölfstündiger Eisenbahnfahrt traf „Germania-Felsenfest" am Sonnabendmittag in Weinheim ein, empfangen von den dortigen Sportgenossen. Ohne zu schlafen und auszuruhen, traten die Hallenser zum Kampfe an, und zwar in folgender Aufstellung: Gutsche, Kleine, Mehe, Graf als Ersatz für Sachse, der in letzter Stunde abgesagt hatte, Pfeiffer und Reißel. Hier mußten wir eine Niederlage mit nach Hause nehmen 17 : 7. Niederlagen erhielten Gutsche, Graf, Pfeiffer je 2, Kleine eine Selbstniederlage und einen Sieg, während Mehe und Reißel unentschieden kämpften. Nach dem Ringkampf gemütliches Beisammensein. Sonntag vormittag 11 Uhr Abfahrt nach Heidelberg. Auch hier herzlicher Empfang; nach Besichtigung des Schlosses Heidelberg begann um 4 Uhr der Ringkampf. „Germania-Felsenfest" errang hier einen schönen Sieg von 17 : 7 Punkten. An den Siegen waren beteiligt: Reißel zweimal, Kleine, Mehe, Graf je einmal, während Gutsche und Pfeiffer zweimal unentschieden rangen. Der Retourkampf mit den Besiegern der Hallenser findet noch in diesem Jahre statt.

„Germania-Felsenfest". Die neue Runde um die Bezirksmeisterschaft beginnt am Sonntag, dem 7. Oktober, und zwar tritt der Verein dem „Sportklub 09", Halle, abends 7 Uhr, im „Goldenen Hirsch" mit seiner 1. und 2. Mannschaft gegenüber. Freitag, den 5. Oktober: Versammlung.

Aus der Jugendbewegung.

Ortsgruppe Gräfenhainichen. Donnerstag, 4.: Lesen und Diskussionsabend; Sonntag, 7.: Tagesfahrt; Dienstag, 9.: Unterhaltungsabend; Donnerstag, 11.: Liederabend; Sonntag, 14.: Halbtagsfahrt; Dienstag, 16.: Lesen und Diskussionsabend; Donnerstag, 18: Spielabend; Sonntag, 21.: Spiele und Tänze; Dienstag, 23.: Vortrag; Donnerstag, 25.: Arbeitsabend; Sonntag, 28.: Abendwanderung; Dienstag, 30. Oktober: Monatsversammlung.

Was soll werden?

Reichsindexziffer: 40,4 Millionen.

Steigerung: 44,3 Prozent.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40,4 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 Millionen) beträgt somit 44,3 Prozent.

●

Verdoppelung der Großhandelspreise.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich am 2. Okt. nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes auf das 84,5 Millionenfache des Friedensstandes gehoben und ist gegenüber dem Stande vom 25. September (36,2 Millionenfaches) um 193,2 Prozent gestiegen. Von den Hauptgruppen stiegen Industriestoffe um 162,5 Prozent, die Lebensmittel (Großhandel) um 99,9 Proz. Die Einfuhrwaren stiegen im gleichen Zeitraum um 148,8 Prozent und die Inlandswaren um 129,2 Prozent. Die für den Durchschnitt des September berechnete Großhandelsindexziffer ergab das 93,9 Millionenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Abschnitt August um 2436,8 Prozent gestiegen. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 2345,3 Prozent, die Inlandswaren um 2464,8 Prozent, die Lebensmittel um 2393 Prozent und die Industriestoffen um 2473,4 Proz.

●

Die allwöchentliche Veröffentlichung des statistischen Reichsamts über die Lebenshaltungskosten genießt das Vertrauen, das sie finden müßte, auch jetzt nicht, nachdem das Feststellungsverfahren auf eine neue Grundlage gebracht worden ist. Wenn man die im letzten Berechnungsabschnitt tatsächlich geforderten und gezahlten Preise und ihre Steigerung mit den statistisch ermittelten Zahlen vergleicht, so ist hinreichender Anlaß zu einer neuen Erschütterung des Vertrauens in die Zuverlässigkeit der Mitteilungen gegeben. Freilich darf bei der Prüfung der Frage nicht außer acht gelassen werden, daß der Schrittmacher der Preise, die Großhandelsziffer, die sich in der letzten Woche verdoppelt hat, in der vorangegangenen fast völlig gleichgehalten hatte. Immerhin gibt die neueste Notierung der Lebenshaltungskosten, an den harten und unverwischbaren Tatsachen gemessen, zu ernsten Bedenken Anlaß. Es müßte zu den schlimmsten Wirkungen führen, wenn die Verwendung der Indexziffer als Grundlage der Lohnregelungen etwa eines Tages nicht mehr verantwortet werden könnte.

Die hallische Teuerungsziffer.

Endlich Berücksichtigung der Kleidungskosten!

Das Statistische Amt teilt folgendes mit: Der hallische Teuerungsindex, der bisher ohne Einbeziehung der Bekleidung veröffentlicht wurde, wird von dieser Woche regelmäßig mit Einbeziehung der Bekleidungskosten, wie sie das Statistische Reichsamt vorsieht, bekanntgegeben werden. Um die verschiedene Gestaltung der Entwertung unserer Mark aber deutlich bleiben zu lassen, veröffentlichen wir nicht bloß den neuen Gesamtteuerungsindex einschließlich Bekleidung, sondern alle vier Einzelindexes für Halle. Danach lautete für den 2. Oktober 1923 (1913/14 = 1): Ernährungsindex 37 413 206, Heizungs- und Beleuchtungsindex 108 000 000, Wohnungsindex 2 844 837, bisheriger Lebenshaltungsindex 31 745 905, dazu Bekleidungsindex 74 633 976, **Gesamtindex 36 922 007.**

●

Da das Fehlen einer Kostenberechnung für Bekleidung in den Mitteilungen des Statistischen Amtes die hallische Teuerungsziffer völlig wertlos machte, haben wir sie in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr veröffentlicht. Der Entschluß des Statistischen Amtes Halle, die Bekleidungskosten künftig mit zu notieren und die Berechnungsart der hallischen Ziffer damit der des Reiches anzunähern, veranlaßt uns, die Mitteilungen künftig wieder abzudrucken.

Preise vom Tage.

Margarine kostete, ehe der neueste Dollarstand bekannt wurde, 64 Millionen, Kunstspeisefett 50 Millionen, Kokosfett 46 Millionen, Tilsiter Käse 60 Millionen.

Die Gas- und Strompreise betragen seit heute für Leucht-, Koch- und Heizgas, das Kubikmeter 18 Millionen, Gewerbegas, das Kubikmeter 16 Millionen; Lichtstrom, Kilowattstunde 28 Millionen, Kraftstrom, Kilowattstunde 18 Millionen, Strom-Großabnehmer, die Kilowattstunde 12 Millionen. Ein Kubikmeter Wasser kostet 8,4 Millionen.

Ganze Wagenladungen beschlagnahmt.

Der Rapport der Wucherpolizei.

Von den bei der Wucherstelle des Polizeipräsidiums in den Monaten August und September bearbeiteten Anzeigen wegen Preistreiberei, Schleichhandels, Zurückhaltung von Waren usw. sind **111** an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben worden. Wegen Vergehens gegen die Preisschilder-Verordnung mußte gegen 27 Geschäftsinhaber vorgegangen werden.

In 11 Fällen wurden von der Wucherstelle verschiedene Waren beschlagnahmt und bis zur gerichtlichen Entscheidung sichergestellt, darunter 2 Wagen Heu, 312 Zentner Weizen, 2 Schock Eier, größere Posten Schokolade, 6 Zentner Zucker, 1 Zentner Pflaumen und 130 Pfund Molkereibutter.

„Haben Sie Kleingeld bei sich?"

Vor sechs Jahren kam durch die Frage, ob jemand Kleingeld bei sich habe, je nach dem Vermögensstande des Fragenden der Wunsch zum Ausdruck, Kupfer-, Nickel- oder Zinkmünzen, höchstens Aluminiumfünfziger oder Markstücke einzuwechseln. Vor vier Jahren schieden Kupfer- und Nickelmünzen bereits aus; dafür wurden die Ein-, Zwei-, Fünf-, Zehn- und Zwanzigmarkscheine von dem Begriff Kleingeld umfaßt. Vor zwei Jahren waren auch diese Geldscheine schon überholt; der Begriff Kleingeld erstreckte sich auf Fünfzig-, Hundert- und Fünfhundertmarkscheine. Seit dieser Zeit haben wir höchst erbauliche Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht. Wir sind männiglich zu so blühendem Wohlstande gelangt und haben in der Abrundung aller Preise nach oben eine so mustergültige Fertigkeit erworben, daß Zehn-, Zwanzig-, Fünfzig- und Hunderttausendmarkscheine als armseliges Kleingeld betrachtet und behandelt werden. Wer etwas auf sich hält, gibt sich mit kleineren Scheinen als Millionenscheinen überhaupt nicht mehr ab. „Haben Sie Kleingeld bei sich?" ist in der Tat heute eine Erkundigung danach, ob der Befragte Ein-, Zwei-, Fünf-, Zehn- und Zwanzigmillionenscheine gegen höher lautende Noten eintauschen kann. Vom Pfennig und Nickelfünfer innerhalb weniger Jahre auf den Ein- und Fünfmillionenschein gestiegen zu sein, ist für den Begriff Kleingeld eine Leistung, die sich schon sehen lassen kann.

Wer am Dienstag bei einbrechendem Abend durch die Krausenstraße gegangen ist, hat sehen können, daß sich irgendwer das Vergnügen geleistet hatte, sehr zahlreiche Zwanzigtausendmarkscheine zu zerreißen und die Schnitzel auf die Straße zu werfen. Der Schätzung nach mögen mindestens hundert solcher Scheine auf diese Weise vernichtet worden sein. Ob der Narr das aus Uebermut, aus Aerger, aus Blasiertheit oder sonst einem Beweggrunde getan hat, muß dahingestellt bleiben. Hätte er Augen im Kopfe und eine Spur von sozialem Empfinden im Leibe gehabt, dann hätte er die Scheine, deren er überdrüssig geworden war, irgendeinem der Vielen schenken können, für den ein Zwanzigtausendmarkschein noch Bedeutung besitzt. Die Reichsbank wird allerdings um den vernichteten Betrag entlastet; denn sie braucht die verschwundenen Geldscheine nicht einzulösen. Aber bei mehr als einer Trillion Mark Papiergeld machen einige Millionen merklich nichts aus. Das ist nur noch — Kleingeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Flurschutz.

Schleunige Lebensmittellieferung der beste Schutz gegen Plünderungen.

Amtlich wird gemeldet: Die Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande nehmen auch die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch, die in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt hat, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfeleistung zu treffen, wo die eigenen Polizeikräfte eines Landes nicht ausreichen, einem besonderen Notstande abzuhelfen. Unbeschadet der Polizeihoheit der Länder im Hinblick auf die erhebliche Beteiligung des Reichs an der Unterhaltung der Polizeikräfte die Verwendung der Polizeiorgane der Länder nicht nur für die Interessen des eigenen Landes, sondern für das deutsche Gesamtinteresse in Gestalt einer polizeilichen Grenzhilfe erwartet. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preußens die Bildung eines Flurschutzes empfohlen, um das platte Land vor gewaltsamen Einwirkungen gegen die Produktion und Ernte zu schützen. Ein solcher Flurschutz soll in der Regel das Gebiet eines Gemeindebezirks nicht überschreiten, wenn auch im Einzelfall gegen ein Zusammenwirken verschiedener Flurschutzabteilungen nicht eingewendet werden mag. Ehestens wird die Bildung eines freiwilligen Flurschutzes unter Führung eines Landjägers oder Schupobeamten den Schutz des flachen Landes gewährleisten. Im übrigen ist **die beschleunigte und ausreichende Ablieferung der Ernteerträge durch die Erzeuger als das beste und wirksamste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.**

Schkeuditz. Stadtverordnetensitzung. Am Montag fand die erste Stadtverordnetensitzung nach den Ferien statt, die einen unerfreulichen Verlauf nahm. Die Tribünen waren überfüllt. Die größte Zahl der Besucher stellten die Erwerbslosen, stand doch ein Antrag zur Beratung, der die Not der Erwerbslosen mindern sollte. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sollen nur die wichtigsten Punkte Erwähnung finden. An die Stelle unserer unvergeßlichen Genossin Hübler wurde der Maurer Wilhelm Göricke (KPD.) als Stadtverordneter eingeführt und verpflichtet. — Die Kilowattanleihe hat wegen eines Formfehlers die Genehmigung des Ministeriums nicht gefunden. Einstimmig wird beschlossen, statt des Wertes in Mark die Kilowattstundenzahl einzusetzen. Sämtliche Angestellte und Beamte der Stadtbank wurden, um eine noch größere Abwanderung nach den Privatbanken zu verhindern, um eine Stufe höher eingruppiert. Zugleich wird der Magistrat beauftragt, in eine Revision der übrigen Angestellten- und Beamtengehälter einzutreten. — Das Verfahren vor dem Mieteinigungsämtern erfährt ab 1. Oktober 1923 eine grundlegende Aenderung. Sämtliche Kündigungsverfahren müssen beim Amtsgericht anhängig gemacht werden. Das Mieteinigungsamt beschäftigt sich nur noch mit Mietstreitigkeiten. Die Beisitzer müssen deshalb nach einer Verordnung neu gewählt werden. Aus den Kreisen der Hausbesitzer wurden die Genossen Karl Müller und Max Wille, aus denen der Mieter der Genosse Petzold und Genossin Rohde gewählt. Den Antrag der Erwerbslosen begründete der Genosse Böhm. Er wies auf die Sabotage der Steuergesetze seitens der Unternehmer und deren Folgen durch große Arbeitslosigkeit hin. Er ermahnte aber auch die Betriebsräte, alle Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, die Schutz vor Entlassungen bieten, genau zu befolgen. Den Magistrat ersucht er, nichts unversucht zu lassen, den Erwerbslosen ihr Los merklich zu erleichtern. Der Bürgermeister nahm als Vertreter des Magistrats dazu Stellung. Er schilderte die trostlose finanzielle Lage der Stadt und die Schwierigkeiten, die sich bei merklicher Hilfeleistung entgegenstellen. Er mußte sich aber vom Genossen Petzold sagen lassen, daß bei einigermaßen gutem Willen und mehr Lust und Liebe zu diesem Problem manche Linderung hätte geschaffen werden können, so z. B. bei der Kartoffelversorgung und bei freier, kostenloser Belieferung von Milch an Säuglinge der in Not geratenen Personen. Der Stadtv. Hochbach (KPD.) hielt eine Rede, zugeschnitten für die Tribünenbesucher. Einstimmig wurde die Eingabe dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. — Der letzte Punkt war wohl der wichtigste der ganzen Sitzung. Er beschäftigte sich mit einem Antrage der Vertrauenskommission. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß die Stadtverordneten einmütig der Ansicht sind, daß der Bürgermeister Patschke die Pflichten seines Amtes nicht erfüllt. Infolge seiner Gleichgültigkeit und Arbeitsunlust ist er nicht fähig, die Geschäfte der Stadt in befriedigender Weise zu leiten. Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, schriftlich dem Herrn Regierungspräsidenten das vorhandene Material zu überweisen und ihn zu bitten, schnellstens alle geeigneten Maßnahmen gegen Herrn Patschke zu ergreifen. Vor Eintritt in die Beratung verließ der Bürgermeister den Sitzungssaal. Schon bei den übrigen Tagesordnungspunkten war es mit dem Bürgermeister zu Zusammenstößen gekommen. Dabei hatte er erklärt, daß es bei den bürgerlichen Vertretern nur parteipolitische Gründe wären, die zu diesem Streite veranlaßten. Wenn dem so wäre, so hätten unsere Genossen wohlbewußt seine Partei ergriffen. Aber leider ist es tatsächlich so, wie der Antrag besagt. Auf allen Gebieten wird die Bürgermeistertätigkeit vermißt. Er bekümmert sich um die Geschicke der Stadt so gut wie gar nicht. Dies kann direkt verhängnisvoll wirken. In einer solch kritischen Zeit gehört ein Mann auf diesen Posten, der Pflichtbewußtsein und Verständnis für die Nöte der Einwohner hat. Der Antrag der Vertrauenskommission wurde einstimmig gebilligt. Dem schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Lauchstaedt. Der neue Bürgermeister Otto Grimm wurde in der letzten Sitzung der Stadtverordneten durch den Landrat Genossen Guske in der üblichen Weise in sein Amt eingeführt.

Greppin. Zum Bürgermeister gewählt. Die Stadtverordneten des im Kreise Weißenfels belegenen Städtchens Stößen wählten in ihrer letzten Sitzung mit 10 Stimmen unter 42 Bewerbern den Gemeindeobersekretär Nebert aus Greppin zum Bürgermeister. Den Anforderungen des kommunalen Notgesetzes ist durch das Stimmenverhältnis Rechnung getragen.

Radis. Stahlhelmprodukt. Wie man hier hört, gibt der Landbund den Stahlhelmleuten, Arbeitern und Beamten usw, für ihre treugeleisteten oder vielleicht noch zu leistenden Dienste je ½ Ztr. Roggen. Dafür müssen aber die Kleinbauern je ½ Ztr. Roggen extra an den Landbund abliefern, damit ihre Glaubensgenossen die Vergütung erhalten. Es ist sehr bedauerlich, daß so viele Kleinbauern, Beamten und sogar Arbeiter noch nicht wissen, wohin sie eigentlich gehören. Zu denen reden scheinbar selbst Götter vergebens. Der Herr „Stahlhelmhauptmann“ beabsichtigt demnächst auch in Schleesen Fuß zu fassen. Scheinbar will er auch die dortigen Kleinbauern für seine Interessen einfangen. Drum Schleesener Genossen habt die Augen auf und seid auf der Hut, damit auch diesen „Ucharbeitern“ die richtigen Wege gewiesen werden.

Die Finanzlage der Provinz günstig.

Sitzung des Provinzialausschusses.

Keine Herbsttagung des Provinziallandtages.

Merseburg, den 3. Oktober.

In der heutigen Sitzung des Provinzialausschusses war — wie in letzter Zeit üblich — die Finanzlage des Provinzialverbandes Sachsen wieder Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Vom Finanzdezernenten, Geheimrat Hübener, wurde in längerem Vortrag der Stand der Finanzen erörtert. Er verurteilte die vom Reiche getriebene Inflationspolitik, obwohl auch die Provinz daraus ihren Nutzen gezogen habe. Habe sie doch den ganzen Sommer hindurch fast ausschließlich von der Inflation gelebt und obendrein noch die Substanz stark vermehrt. Die gesamten Schulden der Provinz betragen rund 8 Billionen (rund 160 000 Goldmark). Von einem Bankrott, den die kommunistische Presse kürzlich glaubte feststellen zu sollen, kann also keine Rede sein. Weiter wurde mitgeteilt, daß es gelungen sei, das vom letzten Provinziallandtage vorgesehene Bauprogramm trotz der erheblich gesteigerten Baukosten zum erheblichen Teil durchzuführen. So sei der Bau von 22 Wohnungen in Angriff genommen, von denen ein Teil bis auf kleine Restarbeiten bereits fertiggestellt sei. Auf dem Gebiete der Provinzialstraßenverwaltung seien 100 Kilometer Straßen mit neuer Steinschlagbahn gedeckt und 13 mit Kleinpflaster zu versehende Kilometer Straßenlänge bereits mit Pflastersteinen beliefert. Die Baukosten seien aus verfügbaren Mitteln der Provinzialverwaltung bestritten worden. Zur Deckung der restlichen Baukosten soll das Ergebnis der seit einigen Tagen zur Zeichnung aufgelegten Goldkursanleihe des Provinzialverbandes dienen. Der Provinzialausschuß gab seine Zustimmung zur Auflegung dieser Anleihe. Die Kurzarbeit der Straßenwärter wurde durch Verhandlungen mit den Betriebsvertretungen größtenteils in zufriedenstellender Weise geregelt. Um Härten zu vermeiden, soll jeder Fall einzeln behandelt werden. In Fällen, wo es sich um Arbeiter mit starker Familie handelt, oder Arbeit in der Landwirtschaft nicht beschafft werden kann, sollen Ausnahmen gemacht werden. Die wöchentliche Lohnersparnis soll nach dem augenblicklichen Stande 60 Milliarden betragen.

Zur Ordnung der finanziellen Grundlagen stimmte der Provinzialausschuß folgendem Antrag der Verwaltung zu:

„Die vom 86. Provinziallandtage durch den Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1923 beschlossene Umlage an Provinzialsteuern wird für das zweite Vierteljahr nach Maßgabe der vom Staatsministerium auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 — in der Fassung der Verordnung vom 1. September 1923 — festgesetzten Verhältniszahl von 250 gewandelt — erhöht. **Diese Umlage ist sofort fällig; für die nicht bis zum 31. Oktober gezahlten Beträge ist für jeden angefangenen halben Monat ein Zuschlag von 400 Prozent des Rückstandes zu vergüten.“**

Es wurde weiterhin beschlossen, von der beabsichtigten Einberufung des Provinziallandtags zu einer Herbsttagung Abstand zu nehmen, sowie für den zu erwartenden Fall der Amtsniederlegung des Landeshauptmanns Oeser Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Hübener gemäß § 88 der Provinzialordnung zum Stellvertreter zu ernennen. Zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes zu Magdeburg wurden gewählt: für Magdeburg: Assessor Böhme; für Halle: Stadtrat Velthuysen; für Erfurt: Stadtrat Siems; für die mittleren Städte der Provinz Sachsen: Oberbürgermeister Dr. Belian (Eilenburg); für die kleineren Städte der Provinz Sachsen: Bürgermeister Henke (Bleicherode); für die Landkreise der Provinz Sachsen: Landrat Hähnsen (Neuhaldensleben), Landrat v. Christen (Heiligenstadt).

Zugestimmt wurde weiter dem Verkaufe der Taubstummenanstalt Erfurt und dem Ankauf eines Grundstücks in Erfurt, auf dem ein moderner Neubau errichtet werden soll. Das ehemalige Taubstummenheim Schleusingen soll in ein Provinzialkinderheim eingerichtet werden. Für von der Esag aufzunehmende Anleihen wurde die selbstschuldnerische Bürgschaft zu den üblichen Bedingungen übernommen, ebenso einem Gesuch der Landesversicherungsanstalt um Uebernahme der Bürgschaft für die bei der Reichskreditgesellschaft aufzunehmenden Darlehen im Betrage von 2 Billionen Mark. In den Bergausschuß wurde an Stelle des Bergrats Schrader Direktor Garbe (Halle) gewählt.

Die Zustände im Kreise Torgau.

Der „Stahlhelm“ beherrscht das Feld.

Aus Torgau wird uns geschrieben: Dumpfe Verzweiflung bemächtigt sich mehr und mehr aller Republikaner und Arbeiter im Kreise. Verlassen von allen zum Schutze der Republik geschaffenen Organen sehen sie schlimmen Dingen entgegen. Nicht zuviel ist mit diesen Worten gesagt. Wer entsinnt sich nicht der brutalen Soldatenmißhandlungen, die gerade in den früheren Torgauer Regimentern gepflegt wurden und Torgau in den traurigen Ruf einer Selbstmördergarnison brachten? Stadtbekannte Persönlichkeiten spielen im blutigen Treiben des Stahlhelms eine Rolle. Nicht daß sie selbst aktiv an der Blutarbeit teilnehmen, nein, wie es echte Kameradschaft erfordert, bleiben sie weit vom Schuß. Den dummen Arbeitern im Stahlhelm bleibt es überlassen, sich mit ihren kommunistischen Klassengenossen und einstigen Frontkameraden herumzuschlagen. Im Weltkrieg war es ja auch so. Allsonntäglich finden jetzt im Kreise wohlorganisierte Ueberfälle auf Arbeiter statt. Gummiknüppel und Totschläger verrichten grausige Arbeit. Wer daran zweifelt, der betrete nur Sonntags eine Landstraße, er wird sicher Trupps zu Fuß oder per Rad begegnen, den Gummiknüppel am Handgelenk oder einen Knüppel, von dem ein Schlag genügt, einen Menschen zu töten. Die Torgauer Schutzpolizei ist nun auch zu den Gegenrevolutionären übergegangen.

Dem Stahlhelm ist bereits erlaubt, Verhaftungen vorzunehmen, wie das in Belgern geschehen ist. **Nur mit Hose und Hemd bekleidet, holte man die Arbeiter aus ihren Wohnungen. Ein Herr, der von der Schutzpolizei sein Gehalt empfängt, war hierbei beteiligt!!!** In der Schlacht bei Steritz verhaftete die Schupo selbst. Aber nicht etwa die Arbeiterschlächter, sondern die, die sich erlaubten, ihr Leben zu verteidigen. Den Kommunisten Holzweißig, von der Torgauer Arbeiterschaft als aufrichtiger, besonnener Mann geachtet, wurde festgenommen, während die Macher der Gegenseite neue Schlachtpläne entwerfen können. Ein Toter war zu beklagen. Die Schupo tut nicht das Erforderliche, um herauszubekommen, wer der Mörder war; sie findet es für richtig, daß die Oeffentlichkeit die Angaben des „Stahlhelm“ zu glauben gezwungen wird. Es ist eine Tatsache, die niemand mehr bestreitet, daß sich die öffentliche Gewalt im Kreise Torgau in der Hand der Fasciften befindet. Der republikanische Teil der Bevölkerung sieht sich einem ungewissen Schicksal gegenüber. Sie versinkt in Mutlosigkeit, wenn das etwa so weiter gehen sollte.

Falkenberg. Aus der Parteibewegung. Am Sonntagnachmittag fand eine gutbesuchte Vertrauensmännersitzung statt, die zu der kritischen Lage im Reiche eingehend Stellung nahm. Es wurden alle Möglichkeiten durchsprochen und es zeigte sich hier, daß die Vertrauensmänner der Partei eine einheitliche Auffassung hatten. Es wurde auch betont, daß gerade in dieser kritischen Zeit es notwendig ist, daß die Partei innerhalb der Regierung dafür sorgt, daß die Republik erhalten bleibt. Pflicht aller Parteigenossen ist es, in diesen kritischen Tagen wachsam zu sein, damit alle Anschläge der Reaktion im Keime erstickt werden.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 4. Oktober 1923.

Widerstand gegen Widerstand.

Funktionärkonferenz der Mansfelder Arbeiterschaft.

Eine am Sonntag, dem 30. September in Benndorf stattgefundene, sehr zahlreich besuchte **Funktionär- und Betriebsrätekonferenz der Mansfeld A.-G.** nahm Stellung zur gegenwärtigen Situation und zu den Lohnverhandlungen der letzten Zeit. Die ablehnende Stellungnahme der Direktion zu den gefällten Schiedssprüchen, die nur das Nötigste brachten, was die Arbeiter der Mansfeld A.-G. zum Lebenunterhalt gebrauchen, wurde von den Funktionären äußerst scharf verurteilt. Den Arbeitern ist nicht mit platonischen Wohlwollenserklärungen der Direktion geholfen, sondern durch Löhne, die sie in den Stand setzen, sich und ihre Familien ausreichend zu ernähren. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes wurde beauftragt, alles zu unternehmen, um die Löhne, die durch Schiedsspruch den Arbeitern zugesprochen werden, für die Arbeiter herauszuholen. Die Konferenz stellte sich einmütig hinter ihre Führer und erklärte, daß die Zersplitterungsabsichten der Direktion keine Erfolge zeitigen werden. Die nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

> Die in Benndorf tagende Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte der Mansfeld A.-G. nimmt Kenntnis von dem steigenden Widerstand der Verwaltung bei Lohnverhandlungen. Sie fordert die Organisationen auf, wenn es sein muß, diesem Widerstand den organisierten Widerstand der Arbeiter entgegenzustellen. Da die Teuerungsverhältnisse im Mansfelder Revier dieselben sind, wie in den Kernrevieren der Braunkohle, wird die Bezirksleitung aufgefordert, bei den stattfindenden Lohnverhandlungen dieselben Lohnsätze zu fordern, wie sie für das Kernrevier Wirkung haben. Die Organisationsleitung wird beauftragt, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche zu beantragen. Die Konferenz spricht der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus; die Funktionäre verpflichten sich, für restlose Erfassung der Unorganisierten Sorge zu tragen. Die zu treffenden Maßnahmen der Funktionäre und Betriebsräte bezügl. Aufklärung und Erfassung der Arbeiter der Mansfeld A.-G. werden durch die Organisation gestützt.

Die Absichten der Mansfeld A.-G. werden zuschanden werden, wenn die Arbeiter die Konsequenz ziehen und sich nunmehr restlos der Organisation anschließen.

---

* **Arbeiterverlegungen auf den Schächten der Mansfeld-A.-G.** In den letzten Tagen wurden, wie die bürgerliche Presse berichtet, ungefähr 80 Mann von der Belegschaft des Hohenthalschachtes nach dem Wolfschacht verlegt. Die Abbaumöglichkeiten des Hohenthalschachtes scheinen das Maximum überschritten zu haben. Für die nächste Zeit sind noch weitere Verlegungen zu erwarten.

Sport und Spiel

Angelsport. Mit 48 Abb. (23/4)
Technik des Wanderns. (288)
Alpine Wanderkunst. (205)
Wesen und Gebrauch d. Landkarten. Mit 2 Tafeln. (105)
Einfachstes Kochbuch für Kinder, Wandervögel u. Pfadfinder. (211)
Reiter und Pferd. Von Major A. Schultz-Trinius. (28/9)
Fußball. Mit 3 Abb. (132)
Tennis. Mit 2 Abb. (202)
Der Tennisplatz, seine Anlage und Pflege. (276)
Hockey. Mit 2 Abb. (203/4)
Leichtathletik. Mit 12 Abb. (27)
Gymnast. Vorübungen zum Geräteturnen, Schwimmen, Rudern. Mit 46 Abb. (568)
Rudern. Mit Abb. (656/7)
Schlittensport. Mit 12 Abb. (26)
Skilaufen. Mit 18 Abb. (25)
Schwimmsport. I. Die 4 Schwimmarten. (483/5)
— II. Tauchen u. Springen. (298/9a)
Kanusport. Mit 12 Abb. (545)

Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Kaufe laufend
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte
3005
P. Günther
Graseweg 8 Telephon 6130

Genossen! Werbt neue Leser!

Amtliche Bekanntmachungen

Delitzsch

Am Schwarzen Brett:

Aufforderung zur Instandsetzung vernachlässigter Gräber. 3380

Delitzsch, den 1. Oktober 1923.

Der Magistrat.

Mansfelder Lande

Einstellungen in die Schutzpolizei.

Bei den Schutzpolizeien in Halle, Merseburg, Eisleben, Wittenberg, Naumburg, Weißenfels, Torgau und Bitterfeld werden Bewerber im Alter von 23 bis 30 Jahren, die im Heere oder in der Marine gedient haben, eingestellt. Jüngere, ungediente Bewerber können vom 19. Lebensjahre an auf der Provinzialpolizeischule in Burg eintreten.

Bedingungen: 12jährige Dienstverpflichtung, Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit, volle Polizeidienstfähigkeit, Nachweis des Besuchs der obersten Klasse einer Gemeinde- oder Volksschule, Unbescholtenheit, Mindestgröße 1,66 m, unverheiratet, lückenlose Papiere. Die Einstellung kann jederzeit erfolgen.

Meldungen und Anfragen sind zu richten an eine der oben genannten Polizeien oder an unterzeichnetes Kommando, welches über Dienstlaufbahn, Gebührnisse, Versorgung usw. nähere Auskunft erteilt.

Eisleben, den 21. September 1923.

Kommando der Schutzpolizei Eisleben.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Die **Zahlung der Zusatzrenten** für Kriegsbeschädigte u. Kriegerhinterbliebene für Oktober findet am kommenden Donnerstag und Freitag, von 9 bis 1 Uhr, in der bisherigen Reihenfolge, statt. Für allen übrigen Verkehr bleibt an diesen Tagen, während der vorgenannten Zeit, das Bureau geschlossen. 820

Eisleben, den 2. Oktober 1923.

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigt. u. Kriegerhinterbliebene im Stadtkreis Eisleben.

Helbra

Beschluß der Gemeindevertretung vom 29. September 1923.

Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig auf Grund des Artikels 1 § 5 des Gesetzes zur Regelung verschiedener Raten des kommunalen Abgabenrechts vom 8. August 1923: Die für das Steuerjahr 1923 festgesetzten Steuerbeträge in einem Vielfachen zu erheben:

1. für das 1. Vierteljahr den 6fachen,
2. für das 2. Vierteljahr den 250fachen Betrag des betreffenden vierteljährlichen Steuersolls.

Die bisher von der Gemeindevertretung beschlossenen Vorschüsse werden auf die nunmehr festgesetzten Steuerbeträge angerechnet. 821

Die Gemeindevertretung.
Riesel. Scholz. Steini[illegible]

Veröffentlicht.
Helbra, den 1. Oktober 1923.
Der Gemeindevorsteher.

Zeitungs-Fremdwörter
Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser
Zusammengestellt von
Karl Werner
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231004-10/fragment/page=0006